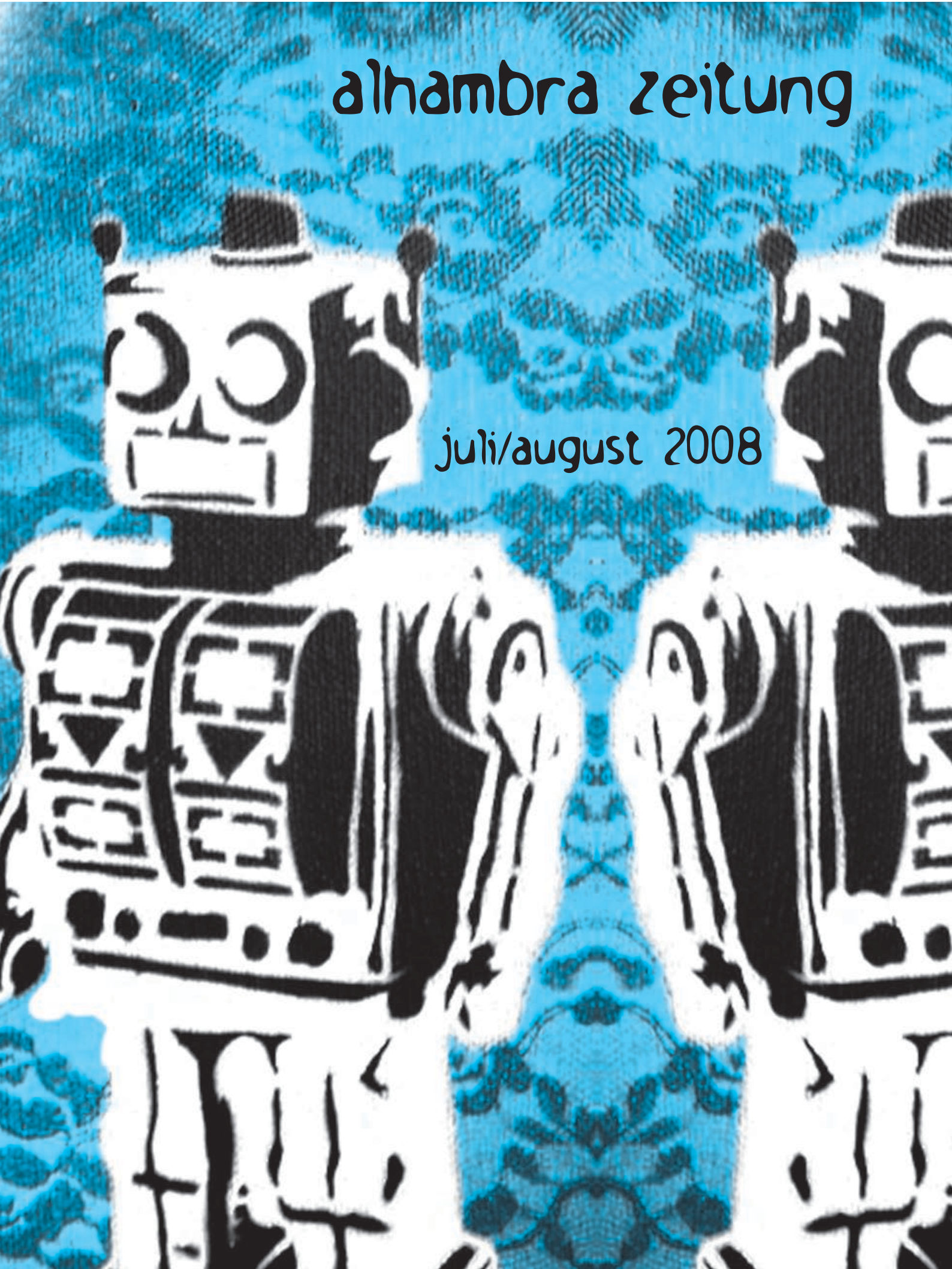
alhambra zeitung

juli/august 2008



alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 2

feminismus
Take back the night 6
Alles Kultur oder was? 8

antifa
5.7. Naziaufmarsch verhindern 11

antirassismus
Migrationspolitik und Kolonialismus 12
Begleitnetzwerk für Flüchtlinge und Illegalisierte 13
Krieg der Armen gegen die Ärmsten 14

urlaub
Antira-Camp in Hamburg 16
Klima-Camp in Hamburg 18

soziale kämpfe
SchülerInnenAktionstag 21

internationalismus
Das Trauma vom Taksim-Platz 22
Es ist genug für alle da 24

erster mai
Abschlussrede 27
Blind Date 28

Beschlagnahme der Computer im Alhambra für rechtswidrig erklärt

Oldenburg Am 18. März 2008 wurde das Alhambra durchsucht und alle Computer beschlagnahmt. Gegen diese Hausdurchsuchung wurde Beschwerde eingelegt. Jetzt hat das Landgericht Oldenburg entschieden, dass die Durchsuchung rechtswidrig war. Die Begründung, man wolle auf den Computern des Alhambra Hinweise auf die/den VerfasserIn eines Eintrags in einem Gästebuch (chatbox) auf der Internetseite finden hat sich als völlig unzureichend für einen Durchsuchungsbefehl herausgestellt. In diesem Eintrag sollte zu Aktionen gegen Nazis aufgefordert worden sein. Auch unter Laien sollte allgemein bekannt sein, dass diese Daten nur beim Provider zu finden sind. Dies wurde von einem vom Landgericht beauftragten Sachverständigen bestätigt.

Damit blamierten sich sowohl die Politpolizei, der Staatsanwalt du Mesnil de Rochemont, sowie der Richter Fischer vom Amtsgericht. Der Staatsanwalt war in der Vergangenheit schon öfter durch ein besonderes Augenmerk auf AntifaschistInnen aufgefallen.

Im Urteil heißt es, dass der Richter „vor dem Erlass des Beschlusses auf dem relativ neuen und schwer überschaubaren Fachgebiet der Informatik bzw. des Internets, noch sorgfältiger" hätte prüfen müssen. „Noch sorgfältiger" ist ein Hohn, hatte doch der Richter einfach unterschrieben, wovon er keine Ahnung hatte und arbeitete so den übereifrigen Schnüfflern zu.

Im Alhambra stehen übrigens schon seit April nagelneue Computer. Die Daten, die beim Amtsgericht liegen müssen nun nugesehen vernichtet werden.

Glaubt bloß nicht, dass wir heulen!

Editorial

Der Sommer ist und war seit langem da, der erste Mai schon lange her, doch da Nazis aus dem Umfeld der Freien Kameradschaften angekündigt haben, am 5. Juli in Oldenburg aufmarschieren zu wollen, wird das berühmte Sommerloch schon alleine deswegen in diesem Jahr flachfallen: Naziaufmarsch verhindern! Für weitere Infos schaut nach auf www.alhambra.de/nonazis und oldenburg.blogsport.de

Darüber hinaus warten im August spannende Urlaubsangebote auf euch: In Abstimmung und Bezugnahme aufeinander finden das Klima-Camp vom 15. -24. August und das Antira-Camp vom 16. - 24. August in Hamburg statt. Die Aufrufe zu beiden sind auf den Seiten 16-21 zu finden.

Doch auch der oben erwähnte erste Mai soll in dieser Ausgabe aber nicht vergessen sein, schließlich war es ein in Anbetracht der bestehenden Kräfteverhältnisse durchaus erfolgreicher Tag: Auf den vielen, revolutionären 1. Mai-Demos kamen allein in Deutschland mehrere tausend Menschen zusammen, in Hamburg wurde der Naziaufmarsch verhindert und in Nürnberg eben dieses immerhin energisch versucht.

Wohl genauso traditionell wie linksradikaler Widerstand am ersten Mai kam es dann auch europa- und weltweit zu einer Menge Repressalien. So wurde beispielsweise in Wuppertal die Hälfte der Demo verhaftet und mehrere Menschen verletzt, in Istanbul wurden DemonstrantInnen von prügelnden Polizeihorden verfolgt. Von den Geschehnissen in der Türkei und der Geschichte des Istanbuler ersten Mais berichtet der Artikel „Das Trauma vom Taksim-Platz". Um auch den regionalen Bogen zu spannen und den durchaus netten, für das massive Polizeiaufgebot energischen 1. Mai in Oldenburg zu erwähnen, dokumentieren wir in dieser Ausgabe einige der Redebeiträge der Demo, an der immerhin 500 Menschen teilnahmen und der vorhergegangenen und dann auch auf der Demo umgesetzten Repression trotzten.

Trotzt dem Sommerloch, viel Spaß beim Lesen!

Wieder antiziganistische Pogrome in Italien

Neapel In Neapel ist es am 12. und 13. Mai zu schweren Ausschreitungen gegen Roma gekommen. Auslöser war die Verhaftung einer 16-jährigen Romni unter der Anschuldigung, sie habe ein Baby zu entführen versucht. Ähnliche Anschuldigungen wurden schon in der Vergangenheit als Vorwand genutzt, die Alhambra-Zeitung berichtete (siehe Ausgabe Januar '08).

Dutzende BewohnerInnen des heruntergekommenen Stadtteils Ponticelli zogen am Montagabend vor die fünf Roma-Barackenlager des Viertels; in der Nacht flogen die ersten Molotow-Cocktails. Zu erneuten Ausschreitungen kam es am Dienstag, als sich mehrere hundert mit Knüppeln, Eisenstangen und Steinen bewaffnete BürgerInnen vor den Camps einfanden.

Die Pogrome fanden auch im Fernsehen statt. Ein zur Berichterstattung angerücktes Kamerateam des italienischen Staatssenders RAI war vor ein Lager gezogen, um für die Sendung „Leben live" über den „Unmut der Anwohner" zu berichten - und die nutzten ihrerseits die Gelegenheit, ganz Italien live an ihrem Pogrom teilhaben zu lassen: Erst durften die braven Bürger ihre Hassparolen in die Kameras sprechen und dann ihrem Hass freien Lauf lassen. Am Ende wurden drei Camps und ein leer stehendes, in letzter Zeit von Roma besetztes Gebäude abgefackelt.

Die rassistische Anti-Roma-Kampagne der staatlichen und großen Privatsender wird seit der Hetzkampagne der frisch gewählten Berlusconi-Regierung weiter angeheizt.

Der neue römische Bürgermeister Gianni Alemanno will 65 von 85 Roma-Barackensiedlungen räumen lassen, die an der Peripherie der italienischen Hauptstadt ‚illegal' entstanden sind. Die BewohnerInnen will er abschieben. Einen Tag nach den Pogromen in Neapel wurde in Rom eine Roma-Siedlung durchsucht, in der 630 Menschen leben. 50 Personen ohne Dokumente wurden festgenommen.

Im Mai kam es noch zu weiteren rassistischen Ausschreitungen in Mailand, Rom und anderen italienischen Städten. Die Regierung diskutiert jetzt ein Gesetzespaket zur Ausweisung von rumänischen Roma.

Maoisten gewinnen Wahl in Nepal

Kathmandu Weitgehendst unbeachtet auch von linker Öffentlichkeit wählte die nepalesische Bevölkerung im April die maoistische Partei der Maobadi zur neuen Regierung. Sie zeigte somit ihre Zustimmung für eine radikale Veränderung der Verhältnisse im von monarchischen Feudal- und Kastenstrukturen geprägten Nepal, für die die Maoist_innen seit 1996 in der Guerilla kämpften. Es waren die ersten verfassungsgebenden Wahlen nach dem Generalstreik und Aufstand im April 2006, der Kampf war gegen die extreme Repression und Brutalität der königlichen Armee, gegen die Monarchie und für die Neuerrichtung einer demokratischen Republik Nepal mit einer neuen Verfassung, die der Vielfältigkeit hinsichtlich der unterschiedlichen Sprachen, Religionen und Kulturen gerecht werden sollte. Diesen Vorstellungen entsprechend sieht das Programm der Maobadi eine Antidiskriminisierungskampagne, die Einbindung von Frauen und Menschen unterschiedlicher Kastenzugehörigkeit in einer Bewegung und Land- und Sozialreformprogramme vor. Überwiegend von der ländlichen Bevölkerung gewählt, wird es nicht allein Aufgabe der Maobadi sein, mit alten Strukturen aufzubrechen und den Veränderungsprozess voranzutreiben, sondern die der gesamten Bevölkerung.

The IKEA Way of Ausbeutung

Oldenburg/Stockholm Der jetzt ja auch in Oldenburg als Familienausflugsziel beliebte Möbel- und Einrichtungsdiscounter IKEA mit dem ach so korrekten kollegialen Umwelt-Fairness-Nach-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

haltigkeits-Image wird diesem Ruf zumindest was Arbeitsbedingungen der Beschäftigten ganz konkret nicht gerecht. So werden engagierte Betriebsräte unter Druck gesetzt (seit April 2007 wurde in 17 Filialen insgesamt 60 Tage gestreikt um Lohnzuschläge für späte Arbeitszeiten und den Beitritt des Unternehmens zu den regionalen Arbeitgeberverbänden einzufordern), Mitarbeiter_innen überwacht und überfordert, Gesundheitsprotokolle erstellt oder Teilzeitkräften die Sozialversicherungskarten abgenommen, damit sie keinen Zweitjob ausüben konnten sondern ihrem Arbeitgeber vollständig zur Verfügung stehen. Außerdem wurde auf manche ältere Mitarbeiter_innen und Alleinerziehende Druck ausgeübt, sie sollten doch kündigen. Seit Ende April droht der Betriebsratsvorsitzenden einer Filiale die Kündigung, weil sie in einem Interview von „Mobbing von Streikenden und Druck auf die Mitarbeiter, dass sie nicht streiken" gesprochen hatte. Auch ein duzendes Unternehmen bleibt immer noch ein Unternehmen...

Dichtgemacht

Berlin Seit gut einem Jahr dauert die Tarifauseinandersetzung im Einzelhandel an, ohne dass die Konzerne Metro, Edeka, Arcandor und Co einlenken. Wenn die Belegschaft in einer Supermarktfiliale streikte wurden vom entsprechenden Konzern Leiharbeiter_innen eingestellt und der Betrieb lief weiter. Der Gewinn wurde dadurch sogar eher erhöht als geschmälert, da die Leiharbeiter_innen noch schlechter bezahlt werden als die sonstige Belegschaft. Um Handlunsgsfähigkeit zu entwickeln hat sich vor Kurzem ein breiteres Bündnis aus Belegschaft, ver.di, Fels, Gruppe Soziale Kämpfe, SDS und anderen zusammengeschlossen. Als erstes Resultat der Bündnisarbeit wurde am 6. Juni eine ‚Reichelt-Filiale' (gehört zu Edeka) von 6h-12h durch einen Belagerungsstreik dichtgemacht. Mit diesem noch ungewöhnlichen Streikkonzept wurde erreicht, dass die Filiale fast leer blieb für die Zeit des Streiks. Auch 12 private Sicherheitskräfte und eine Hundertschaft der Polizei konnten nicht verhindern, dass die Steikenden, mit dem Streik-

recht im Rücken, erfolgreich die meisten Kund_innen und Arbeiter_innen davon abhielten die Filiale zu betreten. Es gab Essen, Getränke, viele Flugblätter, Musik, Theater, Transparente zum Selbermachen, etc.

Es ist ein Stück weit gelungen Menschen aus unterschiedlichen sozialen und politischen Kämpfen zusammenzubringen und gemeinsam hörbar auf sich aufmerksam zu machen. Dementsprechend ist auch das relativ große Medienecho auf die Aktion als Erfolg zusehen.

Auf jeden Fall ein Ansatz zum weiterkämpfen! www.dichtmachen.org

Lohndrückerei durch Leiharbeit

Oldenburg Immer mehr Verlage begehen Tarifflucht: Redaktionen und Belegschaften werden gespalten und ausgelagert, Mitarbeiter zu wesentlich schlechteren Bedingungen beschäftigt, Betriebsräte verlieren Zuständigkeiten. Vor allem der Einsatz von Leiharbeitern nimmt stetig zu. Paradebeispiel für „Lohndrückerei durch Leiharbeit" ist neben der Bremer Tageszeitung die Oldenburger Nordwest Zeitung (NWZ).

In einigen Fällen sind die neuen Redaktionskollegen und Verlagsangestellten sogar alte Bekannte. Sie hatten Zeitverträge, die ausgelaufen sind. Die Leih-Redakteure verdienen etwa ein Drittel weniger als vergleichbare Kolleginnen

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

und Kollegen, die nach Redakteurstarif bezahlt werden. Außerdem haben sie längere Arbeitszeiten und weniger Urlaub, weniger Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Als eine Art Vorreiter stieg die Nordwest-Zeitung Oldenburg bereits vor vier Jahren ins Leihgeschäft ein. Mittlerweile laufen fast alle Neueinstellungen über die zur Unternehmensgruppe gehörende Nordwest Personaldienstleistungsgesellschaft (NWP). Die arbeitet nach Zeitarbeitstarifvertrag und zahlt je nach Berufsgruppe unterschiedliche Zulagen, deren Höhe nicht publiziert wird. Etwa 50 Mitarbeiter, mehr als ein Zehntel der Belegschaft, verleiht der Dienstleister an die eigene Verlagsgesellschaft, die Mitglied im Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger BDZV ist. Über die Hälfte der Leiharbeiter sind Journalisten und Volontäre. „Hier geht es nur um die Aushebelung des Branchentarifs durch Tarifflucht", sagt Betriebsratsvorsitzender Ulrich Janßen von der Nordwest-Zeitung. Juristische Auseinandersetzungen sind die Folge. Denn nach Janßens Auffassung ist die vom Verlag gegründete Verleihfirma nichts anderes als ein Mittel zur Tarifumgehung. Nur zu diesem Zweck wurde die Verleihfirma NWP gegründet.

Der Betriebsrat stimmte der Leiharbeit nicht zu. Inzwischen ist die Sache vor dem Bundesarbeitsgericht. „Wir sind der Meinung, es handelt sich um reguläre Tätigkeit, nicht um Leiharbeit und wir werden das jetzt hoffentlich schlussendlich prüfen lassen", sagt Janßen.

Polizei Niedersachsen
Zentrale Polizeidirektion
Polizeiamt für Technik und Beschaffung Niedersachsen
Wir beabsichtigen, zum nächstmöglichen Termin eine Vielzahl neuer Mitarbeiter/innen mit folgender Qualifikation einzustellen:
Diplom-Informatiker/innen
mit abgeschlossenem Hochschul- bzw. Fachhochschulstudium (Entgeltgruppen 10 bis 13/14 TV-L)
bewerbung@zpd.polizei.niedersachsen.de
Sicherheit ist unser Beruf

Zur möglichen Schließung Blankenburgs

Oldenburg/Hannover Die NWZ berichtete nun mehrfach darüber, dass Blankenburg geschlossen werden wird. Dies könnte Sinn machen vor dem Hintergrund, dass durch die europäische Fluchtabwehr sehr viel weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen; waren es in den 90er Jahren noch zwischen 150000 und 500000, waren es 2007 zwischen 20000 und 30000.

Auf der anderen Seite ist noch lange nicht raus, dass Blankenburg dichtgemacht wird. Sicher ist bisher nur, dass Blankenburg und damit auch Bramsche Außenstelle von Braunschweig werden.

Interessant in diesem Kontext ist die Antwort des Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage der Grünen im Landtag: „Eine Ausweitung der dezentralen Unterbringung dieses Personenkreises würde den Willen des Gesetzgebers, eine Ausreisepflicht zeitnah umzusetzen, konterkarieren. Die Landesregierung erwartet, dass sich die Wirtschaftlichkeit der Landeseinrichtungen durch die geplanten Maßnahmen weiter verbessern wird, so dass es keine Veranlassung gibt, die bisherige Unterbringungskonzeption zu ändern."

Freiraum-Aktionstage in Berlin

Berlin Vom 27.5. – 1.6.fanden in Berlin die Freiraum-Aktionstage statt. Neben einem ausgedehnten kulturellen Programm, vor allem in und an den beteiligten Projekten (Köpi, Bethanien, Rauchhaus, New York 59, Wagenplatz Schwarzer Kanal, Wagenburg, X- Dorf, A28) wurde sich auch mit linken Freiräumen und deren zunehmender Bedrohung, sowie Themen wie Gentrifizierung und Stadtumstrukturierung auseinandergesetzt. Um darauf aufmerksam zu machen, kam es während der ganzen Zeit zu mehren, teilweise militanten Aktionen: So wurde gleich zum Auftakt der Versuch unternommen, ein Haus zu besetzen. Die Polizei beendete dies jedoch schon nach kurzer Zeit. Im weiteren Verlauf der Tage gingen über 50 Autos in Flammen auf, mehrere Fensterscheiben und Werbetafeln wurden entglast oder mit Farbe beworfen.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Als die Polizei am Samstag versuchte, die Straße vor dem bis vor kurzem noch räumungsbedrohten Aktions- und Wohnzentrum „Köpi" zu räumen, kam es zu länger andauernden Auseinandersetzungen.

Hunde lösen Terroristen ab

Großbritannien Eingeführt um Terroristen zu fangen, Taschendiebe zu identifizieren, Jugendbanden aus den Straßen zu vertreiben und das Sicherheitsgefühl der BürgerInnen zu erhöhen hat das britische Überwachungsnetzwerk CCTV, das schätzungsweise 4,2 Millionen Kameras umfasst, in einigen Städten nun einen weiteren Nutzen bekommen. In Derby City, Bolton, Gateshead und Hartlepool werden nun mithilfe der flächendeckenden Überwachung auch HundebesitzerInnen überführt, die es zulassen, dass ihre Hunde ihre Hundehäufchen auf den Bürgersteig machen. Durch zu den Kameras mitinstallierte Mikrofone, sogennante Talking CCTV, kommen mancherorts auch endlich VerbrecherInnen, die Müll nicht in Mülleimer, sondern auf die Straße werfen, nicht mehr ungescholten davon.

Internationaler Hurentag 2008

Wien Im Rahmen der Kampagne „SexarbeiterInnen haben Lust – auf ihre Rechte", die begleitend zur Fußball-EM in Österreich stattfindet, fand am 2.Juni die alljährliche Kundgebung zum Internationalen Hurentag in Wien statt. Anlässlich der Besetzung einer Kirche in Lyon/Frankreich durch über 100 Sexarbeiterinnen am 2.Juni 1975 wurde dieser Tag von Hurenorganisationen weltweit zum Internationalen Hurentag erklärt, um für die Anerkennung der Prostitution und die Rechte der Sexarbeiterinnen zu kämpfen. Mit der Kampagne soll auf die gesellschaftliche Doppelmoral zu Sexarbeit aufmerksam gemacht, und die Menschen-, Arbeits- und MigrantInnenrechte von SexarbeiterInnen eingefochten werden.

Soliaktion und Farbe bei K&S

Sottrum/Katzhütte Seit Februar protestieren die BewohnerInnen des Flüchtlingslagers Katzhütte (Thüringen) gegen ihre Unterbringung in einer völlig maroden Barrakensiedlung mitten im Thüringer Wald. Statt Lagerunterbringung fordern sie das Recht, eigene Wohnungen zu beziehen – einschließlich eines Bleiberechts für alle. Verantwortlich für das Lager sind in erster Linie die zuständigen Behörden in Thüringen, doch auch der private Betreiber des Lagers – das Unternehmen K&S – spielt eine zentrale Rolle. Das ist der Grund, weshalb am 8. Mai eine Protestkundgebung vor der Firmenzentrale von K&S in Sottrum (einem kleinen Örtchen zwischen Bremen und Hamburg) stattgefunden hat. Die Aktion fing direkt vor der Firmenzentrale von K&S an – mit Trommeln und lauten Slogans: „Das Lager muss weg" sowie „K&S – Lagerprofiteur". Im Anschluss wurden verschiedene Rede-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

beiträge gehalten. Neben konkreten Infos über das Unternehmen K&S (als dem größtem privaten Lagerbetreiber in Deutschland) gab es insbesondere zwei weitere Redebeiträge: Zum einen von einem Lagerbewohner aus Katzhütte, zum anderen von einem Flüchtlingsaktivisten aus Oldenburg, der im Oktober 2006 am Flüchtlingsstreik im Ein- und Ausreiselager Blankenburg/Oldenburg beteiligt war.

Bereits in der Nacht vor der Aktion hatte K&S Besuch erhalten – davon zeugten nicht nur große Farbtupfer an der Fassade des Gebäudes, sondern auch der im Eingangsbereich gesprühte Slogan „Abschiebungen verhindern".

Sperrmüll statt „Mehr-Wert"

Oldenburg Im Rahmen der Kampagne ‚Blind Date' erstatteten AktivistInnen dem Sozialkaufhaus ‚Mehr-Wert' am Samstag den 7. Juni 2008 einen‚Hausbesuch'. Sie informierten die Angestellten und überprüften die dort angebotenen Waren nach qualitativen, ökologischen und ästhetischen Kriterien und kamen zu dem Ergebnis, dass ein Großteil der Waren nicht mal den einfachen gesellschaftlichen Standards entsprechen. Ganz besonders gubbelige Gegenstände wurden von den AktivistInnen raus getragen und als Sperrmüll gekennzeichnet.

Das Sozialkaufhaus, welches von dem Verein ‚Arbeit und Bildung e.V.' betrieben wird, beschäftigt Erwerbslose und junge Menschen als Ein-Euro-JobberInnen, die von so genannten AnleiterInnen qualifiziert werden sollen, um anschließend Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt (wieder) zu erlangen. Doch in den allermeisten Fällen ist das nicht so! Die meisten dieser so genannten Maßnahmen stellen keine Qualifizierung da, sie sind einzig und allein dazu da Menschen zu drangsalieren und auszubeuten. Sie sollen Menschen das Gefühl geben für ihre lächerlichen knapp 400,- auch noch eine Gegenleistung erbringen zu müssen und stellen HartzIV und Ein-Euro-Jobs als Almosen dar. Sozialkaufhäuser gehören in eine Reihe von Einrichtungen, die die ‚Vertafelung' der Gesellschaft vorantreiben. So erhalten HartzIV-EmpfängerInnen statt Bargeld ‚Gutscheine', mit denen sie im Sozialkaufhaus für die Erstausstattung den Müll der Wohlstandsgesellschaft ‚kaufen' können. Damit wird eine Parallelwelt für Arme und Ausgegrenzte geschaffen.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Take back the night

Wir sind heute auf der Straße, um gegen Sexismus, sexuelle Gewalt und patriarchale Strukturen zu protestieren. Wir stoppen hier an dieser Discomeile, nicht, weil dieser Ort Ursache von Sexismus ist. Doch hier ist ein Ort, an dem sich viele der gesellschaftlichen Gewaltstrukturen widerspiegeln. Hier wird geschlechtspezifisches Rollenverhalten geübt und –Zuweisungen festgeschrieben. Häufig nehmen auch hier die Geschichten ihren Lauf, in denen FrauenLesbenTransleute Grenzüberschreitungen und sexualisierte Gewalt erfahren.

Wir sind nicht die ersten, die versuchen auf diese Art und Weise Aufmerksamkeit zu erzeugen. Seit über 30 Jahren finden „Take back the Night"-Demo's und Aktionen statt und es hat sich bei weitem nicht genug geändert. Wie die letzten Jahre in Oldenburg wenden wir uns auch heute, laut und entschlossen gegen jede Form sexistischer Gewalt.

Es ist uns bewusst, dass die meisten sexualisierten Gewalttaten im näheren Bekannten- und Verwandtenkreis stattfinden. Diese häusliche Gewalt ist für viele Frauen Alltag und kein Ausnahmezustand und wird weitläufig ignoriert, toleriert oder als überholt angesehen. Die Organisation Terre des Femmes stellt 2008 fest, dass „In Europa Häusliche Gewalt die größte Gefahr für Gesundheit und Leben von Frauen ist - noch vor Krebs und Autounfällen zusammen. Und auch in Deutschland ist jede vierte Frau schon einmal von Häuslicher Gewalt betroffen gewesen." (http://www.terre-des-femmes.de/)

Die Studie eines Bundesministeriums ergab, dass 40% aller Frauen ab dem 16. Lebensjahr sexuelle Gewalt erfahren. Die alltägliche, subtile, als normal empfundene Gewalt ist hier nicht erfasst. Sexualisierte Gewalt kann verbal, körperlich oder beides sein: aufdringliche Blicke und Gesten, bewertende Kommentare, unerwünschte körperliche Nähe, Berührungen und Anmachen, attackierende Übergriffe, sexuelle Be-

lästigungen, Vergewaltigungen.

Frauen, die sexistisches Verhalten und sexuelle Gewalt anklagen, werden vielmals nicht ernst genommen, die Gewalterfahrungen heruntergespielt. Der Machtmissbrauch der Täter wird häufig verharmlost oder mit einer angeblichen Natürlichkeit männlicher Sexualtriebe legitimiert. Mit diesen angeblich natürlichen Verhaltensweisen müsse eine Frau doch rechnen. Solch biologistische Erklärungen zu Männlichkeit relativieren die Schwere von Vergewaltigungen und anderen sexistischen Übergriffen.

Häufig wird auch den Frauen die Verantwortung für Übergriffe zugewiesen. Als wäre der Fehler im Verhalten oder in Äußerlichkeiten der Betroffenen zu suchen. Allein diese Erwägungen machen deutlich in welchem Rahmen Diskussionen über sexualisierte Gewalt stattfinden. Denn: Ein Minirock ist nicht der Grund für eine Vergewaltigung!

Sexualisierte Gewalt ist Ausdruck von allgemeingesellschaftlichen Strukturen. Sie besteht innerhalb der Normgesellschaft und entsteht aus ihr heraus. Dennoch enthebt das den Einzelnen nicht von seiner Verantwortung für die eigenen Taten.

Die Discomeile hier ist auch repräsentativ für den abwertenden und diskriminierenden Umgang mit Menschen, die allein dadurch die heterosexuelle Matrix irritieren, dass sie sind, wer sie sind. Z.B. Lesbische Frauen, Menschen, die aufgehört haben ihr Geschlecht als gottgegebene Tatsache anzusehen und die angebliche Natürlichkeit der Zweigeschlechtlichkeit hinterfragen, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle.

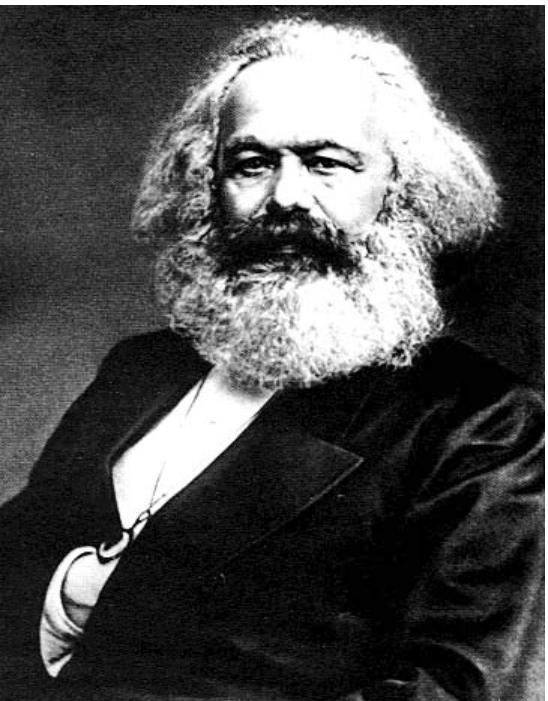
Die eben genannten untergraben auf verschiedene Weise die angeblich biologische Vorbestimmtheit. Die gesellschaftlichen, gewaltförmigen Konstruktionsleistungen, die die zweigeschlechtliche Hierarchisierung erzeugen werden offenbart. Und es zeigt dem/der Einzelnen – möglicherweise – welche Verwerfungen von Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten mit der Mann bzw. Frau–Werdung einhergehen; das Gewaltsame, mit dem dieses Denken im Rahmen der Heteronormativität das Individuum unterwirft. Vielleicht deshalb, werden Menschen mit einem so genannten anderen Geschlecht oder unerwünschter sexueller Orientierung diskriminiert. Es entsteht nicht nur ein systematischer Ausschluss aus dem Bereich der öffentlichen Repräsentanz, sondern vielfach kommt es auch zu gewaltsamen Übergriffen, zu sexualisierter Gewalt und zur Disqualifizierung als Perverse und Kranke, die auf die Abwertung des Menschen abzielen.

Wir fordern, dass der öffentliche Raum ein sicherer Ort für alle wird, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung und anderen gesellschaftlichen Kategorisierungen. Wir forderndas Recht sich frei bewegen zu können ohne Übergriffen, Anmachen und Abwertungen ausgesetzt zu sein. Wir fordern in Ruhe gelassen zu werden mit heteronormativen Universalansprüchen. Wir sind hier um aufmerksam zu machen, auf die Menschen an die Niemand denkt, wenn von „normal" die Rede ist und davon, dass hier „alle" ihren Spaß haben dürfen. Wir setzen uns zu Wehr gegen diese Art der Partykultur, in der die Frauen gut aussehen, die Männer stark und überlegen erscheinen müssen, in der sexuelle Übergriffe als Lob verstanden werden sollen und die Grenzen der/des Einzelnen zweitrangig sind. Es soll möglich sein Nein zu sagen, ohne sich rechtfertigen zu müssen; ohne Lächeln, Kopf neigen und Unterwürfigkeit. Wir wollen selbst über uns und unseren Körper bestimmen. Wir lassen uns nicht in Muster pressen! Wir lassen uns nicht auf Schablonen von Weiblichkeit oder Männlichkeit reduzieren! Wir lassen uns von Niemandem sagen, wer wir sind und wie wir sind und wo wir zu sein haben!

Rede aus Oldenburg auf der feministischen Demo in Bremen am 30.4.

Alles Kultur oder was?

Oder warum es sich für eine Feministin immer noch lohnt, Marx zu lesen



Manch althergebrachte Tradition ist radikaler als ihre Adepten, die sie für überholt erklären. Dies trifft für den Marxismus und den Feminismus in gleichem Maße zu. Zuweilen gegeneinander ausgespielt, sehen sie sich heute einer gemeinsamen Herausforderung gegenüber, die sich als ihre Erneuerungsbewegung versteht. Cultural Studies ist die Losung und das Zauberwort heißt Diskurs. Wer es verwendet, weiß es. Was allerdings er weiß, ist weniger klar.

Dem Wort Diskurs haftet dabei der Ruf des generell Kritischen an. Und es besetzt von hier aus das vormals Gesellschaftskritik genannte Feld. Es entlehnt sich seine Begriffe gern der verschmähten Tradition: Materialisierung ist ein solcher, doch nun meint er den Umstand, dass das, was wir gemeinhin gewohnt sind, für gegeben zu halten, sich ganz eigentlich seiner Benennung verdankt. Es gibt sie noch, die alten Klassen, Männer und Frauen, doch müssen wir lernen, sie als Diskurseffekte zu begreifen.

Cultural Studies kommen aus marxistischer Tradition

Dabei wird gerne vergessen, dass sich die Cultural Studies aus einer marxistischen Tradition heraus entwickelt haben, der sie sich zunächst auch verpflichtet fühlten. Doch heute grenzen sich die Cultural Studies explizit von der marxistischen, ja. zuweilen überhaupt von einer linken Tradition ab, der sie ein ökonomisch-deterministisches Denken vorwerfen. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass sie diese Ablösung gerade heute vollziehen. Denn auch ohne Marxistin ZU sein, kommt man gegenwärtig nicht umhin, der These von der großen Bedeutung ökonomischer Verhältnisse für unser alltägliches Leben eine gewisse Plausibilität zuzugestehen. Ein Teil der linken Theoriebildung begegnet dieser Herausforderung, indem sie sich wieder auf ihre Wurzeln besinnt, was sich in einer steigenden Zahl heuer Publikationen zu Marx' „Kapital"niederschlägt. Die feministische Theorie scheint sich jedoch unter dem Stichwort „Gender"

in die entgegengesetzte Richtung zu bewegen. Gender Studies haben das Feld der „harten Fakten" den Männern überlassen und widmen sich dem, was in der Marxistischen Tradition ein Überbau-Phänomen heißt: der Ideologie oder eben dem Kulturellen. Das Wort Materialisierung kommt hier allenfalls noch insofern vor, als sich diese kulturellen Phänomene „materiali¬sieren" können, wie es heißt, womit in etwa gemeint sein soll, dass die Vorstellungen über die Geschlechter ihrer materiellen Daseinsweise vorausgehen und dass es Diskurse sind, die diese Vorstellungen informieren.

Die an Theorie interessierte Feministin ist damit in einer misslichen Lage. Wendet sie sich an die traditionelle Linke, sieht sie sich zwar durchaus emanzipierten Männern gegenüber, die jedoch nur sehr ungern zugestehen, dass auch ihre ökonomischen Modelle, mit denen sie die Welt erklären, etwas mit Geschlecht zu tun haben könnten. Wendet sie sich, davon enttäuscht, den Gender Studies zu, so ist sie auf ein Feld verwiesen, das ihr als Frau traditionellerweise schon immer zugeschrieben wurde. In beiden Fällen haben wir dasselbe alle Klischee: Geschlecht wird auf ein soziokulturelles Phänomen reduziert.

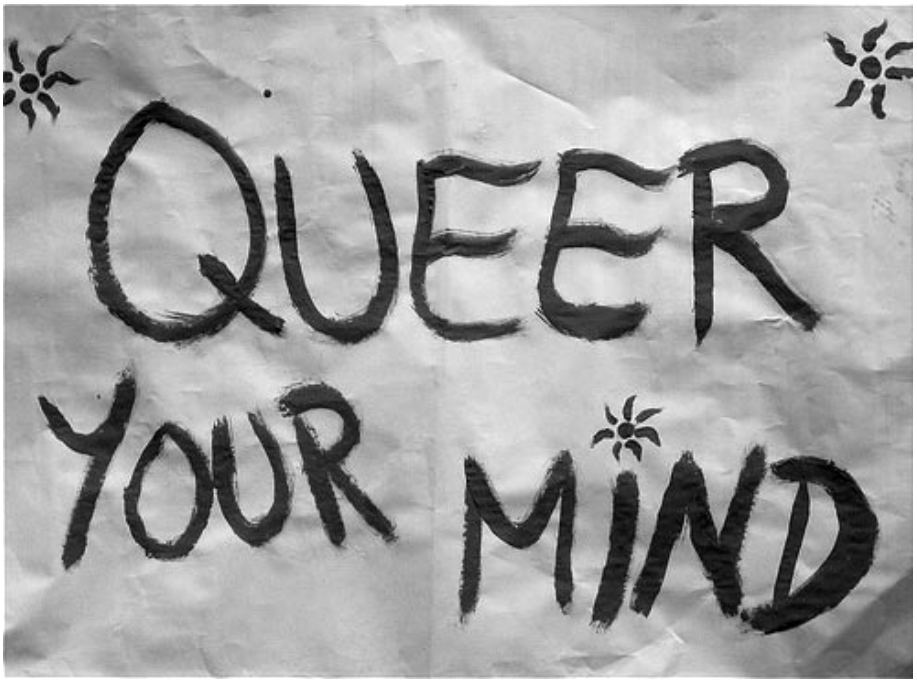
Dies ist nun in der Tat paradox, als die Gender Studies doch gerade angetreten sind, sich gegen Zuschreibungen zu wehren, wo immer sie inner habhaft werden; offenbar überall, nur nicht in ihrem eigenen Feld. Denn hier sind sie mit der Frage von Identitätskritik beschäftigt, mit kulturellen Codierungen und Zuschreibungen also, die sie wesentlich als diskursive verstehen; selbst Sozialstrukturen werden als rein sprachliche Phänomene verstanden. Mit der Logik des Ökonomischen soll sich der linke Mann beschäftigen, die Queer-Theoretikerin hat Kulturelles zu tun: Eine klassisch Rollenteilung, hier nun tatsächlich, wie bei einem alten Ehepaar. Was die an der kulturellen Wende orientierten Gender Studies mit dem linken Aktivisten ebenso verbindet wie mit der EU-Gleichstellungspolitik, ist, dass sie Geschlecht als eine Frage von kulturellen Normvorstellungen verhandeln: Es geht um Wertvorstellungen und Rollenverhalten und damit letztlich um eine Frage der Identitäten einer Person, und nicht um ein Strukturprinzip. das die grundlegenden gesellschaftlichen Organisationsformen bestimmt.

Der Begriff „Ware" ist für Feminismus fruchtbar

Nun meine ich gerade nicht, dass man sich für das eine oder das andere entscheiden müsste: die gesellschaftliche Entwicklung entweder aus der Kultur oder aus der Ökonomie zu erklären. Ich plädiere also weder dafür, sich dem zuzuwenden, was zuweilen, und nicht nur zu unrecht, als jener "Klotzmaterialismus" des dogmatischen Marxismus bezeichnet wurde. Noch rufe ich den Frauen zu: Denkt ökonomisch! Sondern ich meine, dass genau diese Dichotomie sich so bei Marx nicht findet. Und genau dies macht ihn für eine Feministin attraktiv. Es beginnt damit, dass Marx und Engels beide das Geschlechterverhältnis als Bestandteil der Produktion betrachteten, ohne damit Geschlecht funktionalis-tisch auf die Erfordernisse der Produktion zu reduzieren. Bekanntlich hat nicht nur Marx den Anfang des Privateigentums in der„Sklaverei der Familie" gesehen und diese als„Verfügung über fremde Arbeitskraft" definiert. Er bezeichnet in „Die deutsche Ideologie" auch die „Produktion des Lebens" als ein „gesellschaftliches Verhältnis".

Und Engels doppelte nach, indem er die „Teilung der Arbeit zwischen Mann und Weib" als den ersten Klassengegensatz in der Geschichte resp. die erste Klassenunterdrückung mit dem„Antagonismus zwischen Mann und Weib" zusammenfallen sieht. Ja, in „Der Ursprung der Familie" hat er die Kühnheit, die Führung des Haushaltes „eine öffentliche, eine gesellschaftlich notwendige Industrie" zu nennen. Und er verurteilt den Statusverlust der Haushaltung als nicht mehr der gesellschaftlichen Produktion zugehörig beim Übergang in die bürgerliche Kleinfamilie aufs schärfste. Leider, so muss man sagen, haben beide diesen Gedanken nicht wirklich aufgenommen und weitergeführt.

Gleichwohl meine ich, dass sich beim späten Marx, nämlich im „Kapital", eine Denkfigur findet, die auch für die feministische Theorie äußerst fruchtbar ist. Es ist Marx' Analyse der Ware und hier insbesondere sein Begriff des Warenfetischismus. Dieser nämlich meint kaum eine Kritik an unserem Konsumverhalten, wie der Begriff meist verstanden wird. Er will auch nicht besagen, dass wir uns vom Glanz der Ware blenden lassen, sprich, allzu gern konsumieren. Vielmehr überwindet Marx mit diesem Begriff genau jene Spaltung, die sich für die feministische Theorie als so fatal erweist: die Trennung eben in Basis und Überbau, Ökonomie und Kulturelles.



Denn was Marx in seiner Warenanalyse theoretisch leistet, enthält in einem sehr viel umfassenderen Sinn das. was heute vielleicht mit dem Wort Diskurs gemeint sein könnte.

Was isi die Ware? Wenn Marx im Kapital sagt, es sei eine „gesellschaftliche Natureigenschaft", nämlich der Wert, die der Ware ihren „gegenständlichen Schein" verleihe, so meint er damit, dass in der Ware etwas dinghaft wird, von dem ob seiner Dinghaftigkeit nicht länger gewusst werden kann, dass es sich einer historischen Entstehung verdankt. Dinghaft aber auch in dem Sinn, dass die Ware, einmal zu dieser Gegenständlichkeit geronnen, durchaus in der Lage ist. nun ihrerseits Fakten zu schaffen. Es ist ein „gespenstischer Gegenstand", schreibt Marx, der „Nebelregion der religiösen Welt" ähnlich, in der „die Produkte des menschlichen Kopfes mit eigenem Leben begabte, untereinander und mit den Menschen in Verhältnis stehende selbstständige Gestalten" werden.

Marx trennt Ökonomie und Kultur nicht voneinander

Was Marx mit dieser eigentümlichen Formulierung zu fassen sucht, ist etwas paradoxes, das eben das Kennzeichen der Ware ist: dass nämlich ein gesellschaftliches Organisationsprinzip in seiner Erscheinungsform verschwindet, und zwar verschwindet als das, was es ist. Doch, und dies ist entscheidend, ist dieses Verschwinden keine Ideologie und auch auf keine Ideologie zurückzuführen. Die Denkfigur des Warenfetischismus charakterisiert die Ware nicht als Ideologie. Der Wert, diese merkwürdige Eigenschaft der Ware, sagt Marx vielmehr, ist ein Personenverhältnis, ein unter dinglicher Hülle verstecktes Verhältnis zwischen Personen.

Ohne dies hier im Detail ausführen zu können, ist es doch dieses ..Verhältnis", mit dem Marx weit über das hinausgeht, was im Begriff „Diskurs" angesprochen ist Marx will damit in etwa sagen, dass diese weder materielle noch immaterielle Eigenschaft der Ware die Form der Produktion den Zugang zu den Produktionsmitteln und die Verteilung der Güter bestimmt. Sowohl die Form, wie die Menschen tätig werden, wie die Bedingungen, unter denen sie miteinander in Beziehung treten, sind davon geprägt, ebenso wie das Verhältnis zu sich selbst, das sie darin gewinnen. Im weitesten Sinn lässt sich deshalb sagen, dass die Ware die Weise bestimmt, in welcher die Gesellschaft sich selbst organisiert. Die Ware ist damit weder nach der Seite der Produktion noch nach der Seite der Ideologie hin aufzulösen. Sie ist nicht mit dem Begriffspaar materiell-immateriell zu fassen. Als Träger eines gesellschaftlichen Verhältnisses nennt Marx sie deshalb eine „gesellschaftliche Substanz".

Obwohl dies keineswegs Marx' Absicht war, scheint mir seine Warenanalyse ein theoretisches Instrumentarium für die Konzeption auch von Geschlecht bereitzustellen. So könnte man ausgehend von der Warenanalyse die Frage stellen, wie auch Geschlecht als eine solch „gesellschaftliche Substanz" zu denken sei. Mir scheint, dass ausgehend von dieser Denkfigur Marx' diese Frage neu zu eröffnen wäre: Was jedenfalls ist Geschlecht? Auch Marx hat, wenn man so will, einen Konstruktionsbegriff. Doch hat er ein Verständnis des „Konstruiertseins", das diese ..Konstruktion" nicht auf der Ebene des Überbaus verortet.

So würde Marx weder die Existenz der Arbeiterklasse noch die der Kapitalisten für gegeben halten; auch für ihn sind diese ein historisches Produkt. Doch würde er deren „Produktion" weder anhand ihres Rollenverhaltens untersuchen, noch sie auf bestimmte Eigenschaftszuschreibungen zurückführen. Auch der Kapitalist produzierte seine Arbeiter nämlich nicht über Rollenzuweisungen,

sondern ganz einfach darüber, dass er ihnen die Produktionsmittel entzog. Und ihren Arbeitsprodukten eine bestimmte Form gab, eben die Wertform, die den Arbeiter nötigt, einem Arbeitsvertrag zuzustimmen, der ihn zu dem macht, was er ist: ein Lohnabhängiger, der gezwungen ist, freiwillig in seine Knechtschaft einzuwilligen. Auch das ist eine Weise der Konstruktion und eine, die ganz bestimmt bis tief ins Innere der Individuen vordringt.

Marx selbst verglich die Wertform mit der Sprache. Man braucht ihm also nicht die Konstruktion predigen. Vielmehr würde er vermutlich zurücktragen: Was denn eigentlich meint ihr genau mit Konstruktion".

geklaut aus Analyse & Kritik (AK)

Naziaufmarsch verhindern

Für den 5. Juli 2008 haben Nazis einen Aufmarsch in Oldenburg angemeldet. Ihr Treffpunkt ist ab 12 Uhr am Bahnhof, gegen 14 Uhr wollen sie dann losmarschieren. Das ist nun der dritte Aufmarschversuch in Oldenburg innerhalb von 8 Jahren. Im Oktober 2001 zwangen AntifaschistInnen die Nazis mit zahlreichen Aktionen, Blockaden und Gemüsewürfen nach wenigen hundert Metern zum Umdrehen. Vier Jahre später, am 3. September 2005, waren über 3000 PolistInnen und die Absperrung großer Teile der City nötig, um den Aufmarsch der etwa 100 Faschos gegen den massiven Widerstand vieler tausend GegendemonstrantInnen durchzuprügeln.

Und wie wird es wohl diesmal? Das hängt vorallem von euch ab. Wenn ganz viele Menschen auf die Straße gehen und schnell und kreativ, entschlossen und durchhaltefähig sind, dann können wir dafür sorgen, daß die Nazis frustriert wieder nach Hause fahren müssen. Also heißt es jetzt, sich Gedanken zu machen, sich mit FreundInnen zusammenzutun, Pläne zu schmieden und Aktionen vorzubereiten. Wenn alle sich so, wie sie es für richtig halten und sich zutrauen, an den Gegenaktionen beteiligen, wird der 5. Juli ein Fiasko für die FaschistInnen in dieser Stadt.

Also erstmal auf die antifaschistischen Demos gehen, danach dann blockieren, stören und protestieren was das Zeug hält. Die Grundlage dafür ist natürlich auch, daß wir versuchen müssen, immer da zu sein, wo die Nazis sind - am besten einen kleinen Moment früher. Damit das klappt gibt es ein Infotelefon, wo ihr erfahren könnt, wie die Lage ist.

Also auf die Straße - alles weitere liegt bei Euch!

Infos unter: www.alhambra.de/nonazis
Infotelefon am 5. Juli: 0441 - 2488660
EA-Nummer am 5. Juli: 0441 - 14402

Migrationspolitik und Kolonialismus

Die Flüchtlinge, die nach Europa kommen, werden mit Fragen konfrontiert, die sich immer wiederholen: Woher kommt ihr? Warum seid ihr nach Europa gekommen? Wann kehrt ihr in euer Land zurück?

Wir wollen diese Fragen beantworten:

1. Woher kommt ihr?

Wir kommen aus Afrika, aus dem Mittleren Osten, aus Asien, aus Lateinamerika. Wir kommen aus Staaten und Regionen, die ihr als ‚unterentwickelt' bezeichnet.

2. Warum seid ihr nach Europa gekommen?

Um diese Frage zu beantworten müssen wir ein paar Fakten klar machen: Über Jahrhunderte hinweg hat Europa ein Kolonialregime in vielen Teilen der Welt errichtet, das bis in die Ge-genwart reicht. Ihr habt die Menschen in Süd- und Nordamerika durch Kriege, Sklaverei, Zwangsarbeit und Seuchen fast vollständig vernichtet; ihr habt afrikanische Menschen als Sklavinnen und Sklaven nach Europa und über den Atlantik nach Amerika verschleppt; die europäischen Kolonialmächte haben auf der Berliner Konferenz (1885) Afrika unter sich aufgeteilt und Grenzen gezogen, die nicht unsere waren. und in jeder eurer Kolonien errichtetet ihr ein Terrorregime beruhend auf Zwangsarbeit, Zwangsumsiedlungen, Verstümmelungen, massenhaftem Mord und Plünderung; Millionen von Menschen aus Indien, China und den Inseln des Pazifik wurden als Kulis rund um den Erdball verschleppt. Kurzum: der Kapitalismus und damit Europas Reichtum basiert auf der gnadenlosen Ausbeutung der Menschen Afrikas, Amerikas und Asiens - und umgekehrt hat Europa die wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Entwicklung dort im eigenen Interesse beeinflusst. Verknüpft war das von Beginn an mit der Entwicklung rassistischer Ideologien, wie bis heute tief verankert sind im Bewusstsein der Menschen.

An der Struktur der Verhältnisse hat sich bis heute nur wenig geändert. Der Kolonialismus ist nach wie vor lebendig; nur die Formen haben sich geändert. In Afrika z.B. gibt es praktisch keine europäische Kolonie mehr; die Staaten sind formal unabhängig - nie aber haben sie sich aus der ökonomischen Abhängigkeit des Imperialismus befreien können. Die Europäer haben so abhängige Wirtschaften hinterlassen, die komplett ausgerichtet sind auf die Interessen der imperialistischen Zentren. In Zusammenarbeit mit den Herrschenden in den jeweiligen Ländern organisieren sie die Ausbeutung der Menschen und die Plünderung der Länder bis heute.

Nicht nur die strukturelle Gewalt einer globalisierten Wirtschaft mit dem System von Verschuldung, den internationalen Finanzmärkten, der Jagd nach strategischen Rohstoffen und anderen natürlichen Reichtümern zementiert die kolonialen Verhältnisse. Sie ist immer begleitet von offener militärischer Gewalt.

Ihr seht also: wenn wir nach Europa kommen, dann weil ihr uns bis auf den heutigen Tag ausbeutet, misshandelt, uns die Lebensgrundlagen raubt; weil ihr Euch auf unsere Kosten bereichert, während wir hungern und die Menschen in unseren Ländern sterben.

Wir kommen also, um unser Recht auf ein menschenwürdiges Leben einzufordern, ein Recht, das ihr uns täglich und weltweit nehmt. Und was tut ihr in Europa und in Nordamerika? Ihr baut immer höhere Zäune und Mauern, macht Jagd auf Flüchtlinge an euren

Grenzen. Flüchtlinge, die diese Hürden lebend überwunden haben zwingt ihr Asyl zu beantragen, interniert sie in Lagern, isoliert sie dort, unterwerft sie rassistischen Sondergesetzen. Ihr wollt uns mürbe machen, uns brechen und wieder abschieben. Deshalb stellt ihr uns auch immer wieder die Frage:

3. Wann kehrt ihr in euer Land zurück?

Vielleicht bleiben wir für immer. Vielleicht gehen wir woanders hin. Vielleicht kehren wir in unsere Länder zurück, wenn das Unrecht ein Ende haben wird. Wir können und wollen eure Frage nicht klar beantworten, denn wir sind der Auffassung, dass sie unredlich ist. Sie ist unredlich, weil wir der tiefen Überzeugung sind, dass Menschen das Recht haben, sich frei zu bewegen; weil wir überzeugt sind, dass jeder Mensch darüber frei entscheiden soll, wo sie oder er leben will. Alles für alle! Kein Mensch ist illegal!

1. Mai Rede vom Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg

Initiative
Begleitung und Vermittlung medizinischer Versorgung für Flüchtlinge und Illegalisierte

Wir sind…

– verschiedene Leute, die sich antirassistisch engagieren
– unabhängig von Staat, Kirche oder sonstigen Institutionen und arbeiten vertraulich
–Um den rassistischen Zuständen etwas entgegen zu setzen, haben wir ein solidarisches Netzwerk für Flüchtlinge und illegalisierte Menschen aufgebaut.

Was wir tun…

– Vermittlung von kostenloser, medizinischer Versorgung für Menschen ohne Papiere
– Unterstützung durch Begleitung zu Behörden und LagerärztInnen sowie, wenn es nicht anders geht, Vermittlung zu ÄrztInnen in der Stadt für Flüchtlinge im Asylverfahren.
– Wir machen keine Rechtsberatung, können Leute aber zu einer solchen vermitteln

Wir suchen Personen…

…die bereit sind, ab und zu eine Person aus dem Flüchtlingslager Blankenburg bei Behördengängen oder Arztterminen zu
begleiten. Dies ist eine Form der konkreten Solidarität, die es erlaubt, flexibel und kurzfristig aktiv zu sein.
Fremdsprachenkenntnisse sind von Vorteil, aber keine Voraussetzung für eine Begleitung. Ihr benötigt auch kein juristisches
Vorwissen.Wir bereiten euch inWorkshops vor und halten nach Begleitungen mit euch Rücksprache.
…die Lust haben, sich gemeinsam mit Leuten aus unserer Initiative um die Vermittlung von ÄrztInnen für Illegalisierte zu kümmern. JedeR ist willkommen, besonders natürlich Menschen mit medizinischen Kenntnissen (muss aber nicht).
Initiative Begleitung und Vermittlung medizinischer Versorgung für Flüchtlinge und Illegalisierte

VorbereitungsWorkshops für BegleiterInnen:
So 22. Juni 11 bis ca. 17 Uhr / So 6. Juli, 12 bis ca. 18 Uhr

Ort: Alhambra, Hermannstr. 83, Oldenburg. Anmeldung und Kontakt: begleitnetz.iniol@riseup.net
Wir treffen uns jeweils eine Stunde früher zu einem gemeinsamen Frühstück.
Es handelt sich zwei Mal um den gleichen Workshop, es reicht also, wenn Ihr zu einem der beiden Termine kommt

Zur Situation…

In Deutschland als Teil der Festung Europa werden Flüchtlinge in Lagern untergebracht. Die Unterbringung in diesen totalen Institutionen entrechtet Flüchtlinge und setzt sie unter Druck, mit dem Ziel, sie so zur Ausreise oder zum Untertauchen zu zwingen. Somit sind Lager Ausdruck des rassistischen Systems, innerhalb dessen Flüchtlinge zahlreichen Repressionen ausgesetzt sind. Ein Beispiel dafür ist das Lager Blankenburg, das sich 7 km außerhalb von Oldenburg befindet. Dortige Zustände: jahrelange Unterbringung ohne Privatsphäre, Arbeits und Ausbildungsverbot, Residenzpflicht, mangelnde gesundheitliche Versorgung, keine unabhängige Rechtsberatung sowie ständige Repression von Seiten der Behörden, die sich direkt auf dem Gelände befinden usw.
Flüchtlinge im Asylverfahren erzählen oft, dass sie bei Behörden unter Druck gesetzt und respektlos behandelt werden sowie rassistischen Äußerungen ausgesetzt sind. Dies bedeutet zusätzlichen Stress in der ohnehin schwierigen Lebenslage. Wir und uns bekannte Flüchtlinge haben die Erfahrung gemacht, dass sich die Kommunikation bei Behörden anders gestaltet, wenn eine „neutrale“ bzw. solidarische dritte Person anwesend ist, die als ZeugIn zuhört und die Situation beobachtet. Das Gespräch verläuft meist respektvoller und die betroffenen Flüchtlinge fühlen sich sicherer. Auch eine Vermittlung zu ÄrztInnen in der Stadt ist manchmal die einzige Möglichkeit, um überhaupt eine angemessene medizinische Versorgung zu realisieren.
Menschen ohne Papiere haben noch weniger Rechte als Flüchtlinge im Asylverfahren. Sie sind somit in vielerlei Hinsicht auf praktische Solidarität angewiesen, so z.B. auf kostenlose medizinische Versorgung durch engagierte ÄrztInnen.

Wer wir sind und was wir machen…

Unsere Initiative ist ein Zusammenschluss verschiedener Leute, die sich antirassistisch engagieren, unabhängig von Staat, Kirche oder sonstigen Institutionen sind und vertraulich arbeiten.
Wir haben ein Netzwerk aufgebaut, in dem sich Menschen im Zeichen praktischer Solidarität mit Flüchtlingen gegen das rassistische System engagieren!
Wir wollen Menschen ohne Papiere unterstützen, indem wir durch Vermittlung zu ÄrztInnen eine bessere medizinische Versorgung erreichen. Flüchtlingen im Asylverfahren vermitteln wir eine solidarische Begleitperson bei Behördengängen oder Arztbesuchen, in speziellen Fällen organisieren wir eine ärztliche Versorgung in der Stadt. Eine Rechtsberatung im Asylverfahren können wir nicht durchführen, bei Bedarf können wir aber einen Kontakt vermitteln.

Krieg der Armen gegen die Ärmsten

Die Gewalt gegen Ausländer in Südafrika ist auch ein Ergebnis der rassistischen Migrationspolitik der Regierung.

„Wir haben die Polizei bereits vor dem Ausbruch der aktuellen Gewalt als xenophob erlebt. Es ist für uns eine alltägliche Erfahrung, dass die Polizei uns schikaniert, um Schmiergelder zu erpressen. Flüchtlinge werden oftmals kriminalisiert, um sie leichter abschieben zu können. Wir halten die Polizei daher nicht für eine neutrale Instanz in den aktuellen Konflikten." Mit diesen wenigen Worten aus dem Aufruf zu einer Demonstration in Johannesburg gegen die ausländerfeindlichen Angriffe ist die Situation umrissen, in der sich viele afrikanische Einwanderer in Südafrika befinden. Die Eskalation der Gewalt in den vergangenen Wochen kann nicht unabhängig von der rassistischen Migrationspolitik Südafrikas gesehen werden und nicht unabhängig von der Marginalisierung großer Bevölkerungsgruppen.

Knapp zwei Wochen nach dem Beginn der ausländerfeindlichen Angriffe in der Johannesburger Innenstadt und den Armenvierteln in der Region um die Wirtschaftsmetropole beschloss die südafrikanische Regierung, der polizeilichen Bitte nach einem Einsatz der Armee nachzukommen. Die Situation in Johannesburg beruhigte sich zwar, doch bestätigte sich die Befürchtung, dass es zu ähnlichen Aktionen in anderen Teilen des Landes kommen würde. Im Township Kayelitsha vor den Toren Kapstadts zündete der Mob die Wellblechhütten afrikanischer Einwanderer an und plünderte Geschäfte somalischer Besitzer. In der Woche zuvor hatte die seit langem spürbare ausländerfeindliche Grundstimmung zu heftigen gewaltsamen Angriffen auf Einwanderer geführt, die vor allem aus dem krisengeschüttelten Zimbabwe nach Südafrika gekommen waren. In den Armensiedlungen und Townships um Johannesburg kam es zu Menschenjagden und gewalttätigen Übergriffen auf Einwanderer. Ein Angreifer brachte die Vorwürfe auf die Migranten so auf den Punkt: „Sie nehmen unsere Häuser, unsere Jobs, unsere Frauen!"

Nach wenigen Tagen griff die Gewalt auf andere Armensiedlungen und die Johannesburger Innenstadt über. Hier wurden auch Menschen aus Somalia, Pakistan und der Demokratischen Republik Kongo Opfer der Pogrome. Südafrikanischen Medien zufolge hat die Gewalt des Mobs bereits über 50 Menschenleben gefordert. Allein in der Kapregion haben den Berichten örtlicher Medien zufolge 20 000 Menschen ihre Häuser verlassen müssen, im Rest des Landes dürften mindestens ebenso viele zur Flucht gezwungen worden sein. Vielfach flüchteten sie sich in die nächstgelegene Polizeistation oder in kirchliche Einrichtungen, die jedoch, wie im Falle der Johannesburger Methodistenkirche am Sonntag voriger Woche, ebenfalls von den Angreifern attackiert wurden.

Die Regierung reagierte. Staatspräsident Thabo Mbeki verurteilte die Angriffe als eine Schande für das Land und forderte seine Landsleute zu einem respektvollen Umgang mit Einwanderern auf. Jacob Zuma, der neue ANC-Vorsitzende, erinnerte an die Solidarität, die schwarze Südafrikaner im Befreiungskampf von der Bevölkerung der anderen und angrenzenden afrikanischen Länder erfahren hätten, aus der eine Verpflichtung zur Solidarität mit den Einwanderern erwachsen würde. In Bedrängnis gebracht hat ihn allerdings, dass der Mob in einigen Fällen das Befreiungslied ‚Umshini Wami', auf Deutsch etwa: ‚Bring mir mein Maschinengewehr', angestimmt hat, das als Höhepunkt bei ANC-Veranstaltungen in den vergangenen Jahren von Zuma persönlich gesungen wurde.

Auf ein wichtiges Zeichen wie einen Besuch von Mbeki und Zuma bei den von der xenophoben Gewalt Betroffenen wartete man bislang vergebens. Dieses Verhalten korrespondiert mit den Erklärungen einiger Regierungsmitglieder. Der Tourismusminister Marthinus van Schalwyk etwa sorgte sich besonders um die Frage, welche Wirkung die Bilder zwei Jahre vor der Fußballweltmeisterschaft im Ausland erzielen würden. Unterdessen wurde in Regierungskreisen darüber spekuliert, ob eine third force, das heißt eine unbekannte organisierte Kraft, hinter den Attacken stehen könnte. Tatsächlich erscheint es wegen der Tatsache, dass die Angriffe wochenlang andauerten, so, als würden die Gewalttaten insgeheim koordiniert und organisiert.

Von anderer Seite wird dieser Wahrneh-

mung jedoch widersprochen. Steven Friedmann vom Institute for Democracy in South Africa kritisiert die Regierung für ihren Versuch, nach unbekannten Schuldigen zu suchen, anstatt den eigenen Anteil an der Gewalt aufzuarbeiten. „Seit 1994 wird uns von der Justiz und der Politik eingeredet, dass Menschen aus anderen Ländern eine Belastung für uns darstellen." In ähnlicher Weise kritisiert das Netzwerk sozialer Bewegungen in Südafrika (SMI), an dem auch einige Flüchtlingsorganisationen beteiligt sind, die offiziellen Reaktionen. Bei der vom SMI organisierten Demonstration bekundeten am Samstag 500 Menschen in der Johannesburger Innenstadt ihre Solidarität mit den Angegriffenen.

Südafrika ist aufgrund der vergleichsweise leichten Erreichbarkeit, aber auch wegen der Abschottung Europas zu einem Anziehungspunkt für afrikanische Einwanderer geworden. Dabei findet die Migration aus Afrika heute weniger kontrolliert und dokumentiert statt, als es in den siebziger Jahren der Fall war, in denen viele Migranten aus Lesotho und Mozambique zur Arbeit in den Minen vermittelt wurden. Die nach dem Ende der Apartheid neu geschaffenen Migrationsgesetze machen eine legale Einreise nach Südafrika für afrikanische Migranten häufig unmöglich. Gelingt es, eine vorübergehende Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten, ist daran weder eine Arbeitserlaubnis geknüpft noch erhalten die Einwanderer staatliche Unterstützung.

Der Weg in die illegale Beschäftigung auf dem Bau, als Straßenhändler oder als Hausangestellte ist damit vorgezeichnet. Die damit verbundene Unterminierung von Lohnstandards und Arbeitsrechten wurde von der Regierung in Kauf genommen. Noch vor kurzem erklärte ein Abgeordneter des ANC, Desmond Lockey, dass es keinen Grund dafür gebe, Menschenrechte auch Zuwanderern zu gewähren. Diese faktische Entrechtung in Kombination mit einer ausländerfeindlichen Grundhaltung der Polizei kann als Grund für die ausländerfeindlichen Angriffe und Morde der vergangenen Tage gelten.

Dennoch sind nicht alle Migrantengruppen in gleicher Weise betroffen. Die sozialräumlichen Distanzen und verinnerlichten Wertvorstellungen der Apartheid-Zeit scheinen weiterhin intakt zu sein. Völlig unbehelligt von xenophober Gewalt sind daher Hunderttausende von Europäern, darunter viele Deutsche, die sich in den vergangenen Jahren in den Metropolen niedergelassen haben und die von der Apartheid geschaffenen Faktoren wie ein europäisches Erscheinungsbild der Städte und geringe Löhne für Hausangestellte gerne in Anspruch nehmen.

Auch andere Gruppen wie die nigerianischen Einwanderer sind weitaus seltener Opfer von Angriffen geworden, obwohl sie sicherlich zu den Zuwanderern gehören, die am stärksten stigmatisiert sind. Ein Grund dafür dürfte darin liegen, dass sie im Durchschnitt wohlhabender und in die Innenstädte gezogen sind, die nicht in der gleichen Heftigkeit von der Gewalt betroffen waren wie die Townships und informellen Armensiedlungen am Stadtrand. In diesen haben sich in den letzten Jahren viele Flüchtlinge aus Zimbabwe, Malawi und Somalia angesiedelt, die mit der südafrikanischen Armutsbevölkerung um die wenigen Jobs als Sicherheitskräfte, Gärtner oder Hausangestellte konkurrieren.

Der vom ANC erhoffte trickle-down-Effekt, das Durchrieseln des Wohlstands einer neu entstehenden schwarzen Ober- und Mittelschicht hin zu den unteren Schichten, ist weitgehend ausgeblieben. Stattdessen findet die in Kolonialismus und Apartheid wurzelnde Marginalisierung eines Großteils der schwarzen Bevölkerung in der Post-Apartheid-Gesellschaft eine Fortsetzung. Diese strukturellen Gewaltverhältnisse, der Rassismus und die Armut, die einander wechselseitig bedingen, sind sicherlich nicht alleine ausschlaggebend für die Ereignisse der vergangenen Wochen, aber sie schaffen die Räume, in denen der Krieg der Armen gegen die Ärmsten scheinbar unausweichlich wird.

Aus der Jungle World 21/08

antiracist action camp 16. - 24.8.08 hamburg

Gegen den rassistischen Normalzustand!

Für Dekonstruktion von Nationen und Grenzen!

Uneingeschränkte Bewegungsfreiheit für ALLE!

Eine andere Welt ist möglich!

Sofortige Schließung aller Lager!

Ausgrenzung und Kontrolle gegen Flüchtlinge und MigrantInnen

Die europäische Grenzschutzagentur Frontex koordiniert an den Außengrenzen der EU eine immer schärfere Militarisierung der Menschenabwehr. Allein im Jahr 2006 starben mindestens 6.000 Flüchtlinge auf dem Meer rund um das Urlaubsparadies der Kanarischen Inseln (12 Mio. Touristen jährlich). Auch bei Sammelabschiebungen und Identifizierungen von Flüchtlingen zwecks Ausstellung von Reisepapieren ist Frontex beteiligt.

An der deutsch-dänischen Grenze werden Taxifahrer festgenommen, weil sie die Pässe ihrer Fahrgäste nicht kontrollierten. Die Abschottungsmaßnahmen im Atlantik, dem Mittelmeer und an der grünen Grenze Richtung Osten sind Teil der Vorverlagerungen der Kontrollen, die von verschärften Visabestimmungen bis hin zu Abfanglagern in der Ukraine oder Nordafrika reicht.

Dem Kontrollwahn an den Grenzen entspricht eine ständig fortschreitende Überwachung und Datenkontrolle im Inneren - wenn PatientInnen und SchülerInnen zentral erfasst werden, bedeutet dies für Papierlose eine massive Einschränkung ihrer Möglichkeiten unentdeckt zu bleiben. Aber auch Flüchtlingen und MigrantInnen mit Papieren wird durch Sondergesetze, rassistische Kontrollen und Angriffe ihre Ausgrenzung immer wieder brutal vor Augen geführt. Mit dem Status der Duldung wird den Entrechteten ihre Bewegungsfreiheit auch im Inneren durch die rassistische Residenzpflicht aberkannt, weil ihnen die Entscheidungsfreiheit über ihren Wohnort abgesprochen wird.

Am Ende dieser Kette steht die Abschiebung, die immer perfektionierter, unsichtbarer und geschäftstüchtiger betrieben wird. Nachdem die Abschiebungen in Linienfliegern (z.B. mit der Abschiebegesellschaft Lufthansa) immer wieder durch Widerstand, praktische Solidarität und Öffentlichkeit verhindert oder publik gemacht werden konnten, spezialisieren sich nun kleinere Gesellschaften auf das Geschäft mit der Abschiebung. Damit soll der Widerstand der Abgeschobenen, ihrer Communities und solidarischer Menschen erschweren und vor allem immer weiter einem kritischen Blick der Öffentlichkeit entzogen werden.

Was wäre wenn...

...das Recht auf Bildung mehr wert ist als Abschiebedrohungen; Kinder zur Schule gehen können ohne befürchten zu müssen, denunziert und stigmatisiert zu werden?

...es eine Gesundheitsversorgung für alle gibt, die nicht nach Papieren fragt? Wenn der hippokratische Eid mehr zählt als das Ausländergesetz?

...gleiche Arbeitsrechte für alle gelten und jedEr frei wählen könnte ob und was sie oder er arbeiten möchte?

...die Legalisierung von Immigrantinnen und deren Familienangehörige erkämpft würde?

...Befreiung von Überwachung unsere Antwort auf Repression und Sicherheitswahn wären?

...globale Bewegungsfreiheit Grenzen ersetzte?

...Solidarität rassistische Vorurteile ablöst und Menschen in der Sprache reden, dem Glauben folgen, die Kultur leben können wie, wo und wann sie wollen? Scheiss auf Integrationsterror! Eine andere Welt ist möglich.

Eine andere Welt, in der Wir alle solidarisch miteinander leben, ohne Ausgren-

zung und Ausbeutung, ohne Rassismus und Sexismus, ohne Nationen, ohne Herrschaft, ohne Diskriminierung, eine Welt ohne Strukturen, in denen das physische und psychische Sterben an der Tagesordnung liegt und der Status Quo weiter Seelen und Körper zerschlägt.

Wir fechten kleinere und größere Kämpfe, wir fechten auf unterschiedlichen Ebenen: Wir wollen zunächst allen, denen Rechte verweigert werden, Zugang zu Rechten verschaffen. Alles für Alle! Gleichzeitig entlarven wir diese Rechte als unzureichend und als Mittel, uns ruhig zu stellen. Alles muss anders werden! Wir formulieren „Was wäre wenn", weil der Zustand der Gegenwart uns nicht passt, weil wir so nicht leben wollen und rufen „Das wäre dann", weil wir wissen, dass eine andere Welt möglich ist!

Das wäre dann! Eine Welt, die die Vergangenheit niemals vergisst, mit der Gegenwart bricht und mit einem Lachen in eine andere Zukunft geht.

Warum in Hamburg?

Hamburg organisiert Abschiebecharterflüge für die Europäische Union, seit 2004 mindestens acht Mal in afrikanische Länder

Die Hamburger Ausländerbehörde hat seit Januar 2008 zwei neue „Stabstellenfunktionen für Controlling und internationale Zusammenarbeit" u.a. für die Organisation solcher Charterflüge eingerichtet, z.B. zusammen mit der Fluggesellschaft „Hamburg International"

Sowohl bei solchen Sammelabschiebungen als auch bei „Identifizierungen" von Flüchtlingen zwecks Ausstellung von Reisepapieren ist seit einiger Zeit auch die europäische Grenzschutzagentur Frontex beteiligt. Allein 2008 will Frontex 8-10 auf EU-Ebene koordinierte Charterabschiebungen mitorganisieren, davon sicher wieder einige ab Hamburg.

Frontex führt zur Schulung seines Personals auch Lehrgänge in der Bundespolizeiakademie Lübeck in der Nähe von Hamburg durch.

Das Camp

Das AntiraCamp 08 stellt sich in den Zusammenhang und die Kontinuität der vielfältigen, antirassistischen Kämpfe gegen das Grenzregime Deutschlands und Europas, der vergangenen Grenzcamps, No-LagerTouren und unseres Widerstandes in Heiligendamm. Im Mittelpunkt soll dabei die große Flughafenbesetzungs-Demo stehen. Wir FLUTEN den Hamburger Airport. Egal wie, mit was, durch wen...

...ob adrett im Smoking, touristisch mit Rollköfferchen, laut durch Soundanlage, authentisch mit Flugticket, plakativ mit Transpis, wütend mit Sonnenbrille, bunt als Clowns. einfach ganz-so-wie-du.es.willst...

FLUTEN heißt kreativ sein heißt den Flughafen irgendwie lahm legen so lange wie wir können... heißt den Flughafen tränken mit literweise widerständischer Phantasie heißt FLUTEN

Außerdem fahren wir zum Frontex-Ausbildungszentrum nach Lübeck; werden sie unsere Wut spüren lassen, sie der Öffentlichkeit bekannt machen, ein Zeichen setzen.

Wir rücken sie ins Rampenlicht!

Wir stören die SachbearbeiterInnen bei ihrer Arbeit in der Hamburger Ausländerbehörde und der zentralen Erstaufnahmeeinrichtung; heben sie aus der Anonymität.

Wir geben ihnen Gesichter!

Unsere laute Präsenz soll an große und kleine Ohren der „weltoffenen Metropole" dringen; zum Stadtgespräch werden. - Wir bringen uns lautstark in die City!

Außerdem ist Raum da für Workshops, Diskussionen, Erfahrungsaustausch, Vernetzung, Quatschen, Planen, Subkultur…

Raum für uns von uns mit uns in einem herrschaftsfreien Rahmen… außerdem Ausgangsbasis für offensive Aktionen so wie wir es wollen.

WIR sind ich,du,>alle<,wir,ihr,sie,und alle unsere FreundInnen

Auf nach Hamburg zum AntiraCamp '08

It's too hot!—Das Klima wandelt sich

Die Atmosphäre heizt sich auf. Selbst die düstersten Prognosen des Weltklimarats der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2007 erscheinen inzwischen als zu optimistisch. Dabei ist Klimawandel mehr als schmelzende Polkappen, ertrinkende Eisbären und Hurrikane mit bislang ungekannter Stärke. Klimawandel ist eine soziale Katastrophe. Die globalen Veränderungen der Ökosysteme spitzen die sozialen Gegensätze weltweit zu. Denn die Auswirkungen der Erwärmung sind ungleich verteilt - zwischen Nord und Süd, aber auch innerhalb von Gesellschaften, zwischen Arm und Reich.

Die Erwärmung der Atmosphäre ist kein Betriebsunfall, sondern das Ergebnis einer Wirtschaftsform, die auf Profit und Wachstum beruht. Aufgrund dieser Höher-Schneller-Weiter-Logik werden im globalisierten Kapitalismus enorme Mengen fossiler Ressourcen verbrannt, etwa für die Herstellung und den Vertrieb von Waren mit Hilfe eines weltumspannenden Logistiknetzes. Und auch wenn fast jedeR inzwischen das Klima retten möchte, der Verbrauch fossiler Energien wie Öl, Gas und Kohle steigt weiter an. Zeit sich einzumischen!

Klimawandel ist big business

Immer schneller steigt die Nachfrage nach Energie und die Preise der Ressourcen steigen. Selbst die Internationale Energieagentur geht davon aus, dass der Höhepunkt der Ölförderung bald überschritten sein wird. Derweil steigt die Treibhausgas-Konzentration in der Atmosphäre und damit die globale Durchschnittstemperatur. Was tun? Gegenteiliger Rhetorik zum Trotz setzen Regierungen und Konzerne weiterhin klar auf fossile Energien: Zwanzig Kohlekraftwerke sollen allein in Deutschland neu gebaut werden; die Automobilindustrie verweigert sich mit Rückendeckung des Umweltministers jeglicher Grenzwerte beim Kohlendioxidausstoß; Flughäfen werden munter ausgebaut und den stetig wachsenden Energiekonzernen wird militärisch bei der Absicherung ihrer fossilen Ressourcen geholfen. Von einer Energiewende keine Spur.

Stattdessen wird vorgegaukelt, dass mit den entsprechenden technischen Ansätzen alles weiterlaufen kann wie bisher: dank unterirdischer C02-Lager, emissionsfreien Kohlekraftwerken und den tickenden Zeitbomben in Form von Atomkraftwerken.

Auch beim Verkehr wird ein „weiter so" aber mit neuen Technologien propagiert. Denn der Kraftstoff der Zukunft wird aus Zuckerrohr, gentechnisch modifiziertem Soja oder Raps gewonnen.

Die Folgen: riesige neue Monokulturen für „Energiepflanzen" und der Verlust von Ackerland zur Nahrungsmittelproduktion Während einige wenige vom Geschäft mit dem Biosprit profitieren, sind schon heute die Auswirkungen dieser Politik auf arme Bevölkerungsgruppen sichtbar: In Mexiko wird Mais knapp, endlose Weiten C02-bindender Eukalyptuswälder laugen in Brasilien die Böden aus und für das lukrative Geschäft mit Palmöl werden in Indonesien Torftropenwälder abgebrannt. Weltweit steigen die Lebensmittelpreise und Menschen hungern, damit die Maschinerie des globalisierten Kapitalismus weiterhin läuft.

Gleichzeitig lässt sich mit Klimawandel viel Geld verdienen - ohne dass es einen ökologischen Nutzen gibt: die meisten Fluggesellschaften bieten „klimaneutrale Flüge" an; Atomkraftwerke werden als „ungeliebte Klimaschützer" dargestellt, deren Laufzeiten zum Schutz des Klimas verlängert werden sollen; von Regierung und Unternehmen wird eine „ökologischen Marktwirtschaft" propagiert. An dem Handel von Emissionsrechten verdienen wenige Finanzmarktakteure - tatsächliche C02-Einsparungen bisher Fehlanzeige. Mit der jetzigen Wachstumsökonomie kann der Klimawandel nicht aufgehalten werden. Die fossilen Ressourcen müssen im Boden bleiben -ein wenig Energieeffizienz hier und da reicht eben nicht.

Ökologische Prekarität und klimatische Grenzen

Arme Bevölkerungsgruppen - diejenigen, die den Klimawandel am wenigsten verursachen - trifft es am härtesten. Die bestehenden krassen sozialen Unsicherheiten werden sich durch die Auswirkungen erhöhter Temperaturen drastisch verstärken. Der tägliche Überlebenskampf vieler Menschen verschärft sich weiter. Es wird zusätzliche klimatische Grenzen geben, die vielen Menschen das Überleben schwer machen. Es sind die finanziellen Mittel, die über die Möglichkeit entscheiden, negative Folgen des Klimawandels abzumildern. Zur Verfügung stehen diese vor allem in den Industrieländern des globalen Nordens.

Schon heute ist Migration zu Recht die Reaktion vieler Menschen auf das massive Wohlstandsgefälle. Sie finden sich nicht damit ab, dass sie von der Teilhabe am Reichtum ausgeschlossen sind. Sie ergreifen daher die Initiative: Sie überschreiten Grenzen, um für sich und ihre Familien einen fairen Anteil am Reichtum der Erde einzufordern. Anstatt die Ursachen des Klimawandels wirksam zu bekämpfen und durch Anpassungsmaßnahmen seine Auswirkungen auf die Betroffenen zu vermindern, schotten sich die wohlhabenden Staaten gegen die Zuwanderung von Flüchtlingen

ab. An den Grenzen entstehen Zäune, Flüchtlingsboote werden mit allen Mitteln von den Küsten abgehalten und wer es dennoch schafft, wird mit Gewalt abgeschoben. Täglich verletzen sich Menschen an stacheldrahtbewehrten Grenzzäunen, ertrinken im Meer oder werden in ein Land verfrachtet, in dem sie nie zu Hause waren.

Nicht nur global öffnet sich die Schere zwischen Wohlhabenden und Besitzlosen. Auch innerhalb von Staaten - reichen wie armen - sind die Kosten des Klimawandels ungleich verteilt: Menschen mit niedrigen Einkommen sind am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Ihre Wohngebiete werden als erstes überschwemmt, ihre Böden erodieren, ihre Wasserquellen vertrocknen - die ökologische Prekarität verschärft sich. Und im Norden sind es die Niedrigverdienerinnen, die einen überproportionalen Anteil der Klimaschutzkosten tragen müssen. Sie geben proportional mehr ihres Einkommens für Energie aus als Reiche und werden daher z.B. von den Kosten des C02-Zertifikathandels stärker belastet. Die etwa 1,6 Mrd. Menschen, denen das soziale Recht auf Zugang zu Elektrizität verwehrt ist, tragen am stärksten die sozio-ökologischen Konsequenzen der C02-intensiven Lebensweise. Ein ganz anderes Klima ist nur möglich, wenn globale soziale Rechte wie das Recht aller auf einen Zugang zu Energie und eine Abkehr vom fossilistischen Industrialismus zusammen gedacht werden.

Von Seattle über Heiligendamm nach Kopenhagen - eine neue Wetterfront

Als bei der Blockade der WTO-Ministerkonferenz in Seattle 1999 tausende Demonstrantinnen die „Bewegung der Bewegungen" auf den Weg brachten, ging es um den Protest gegen weitere Marktliberalisierungen, gegen Privatisierung, gegen Konzernherrschaft, also gegen eine neoliberale Form der Globalisierung. Genau diese Kritiken sind weiterhin wichtig beim Kampf gegen den Klimawandel. Denn es ist Klimaschutz, wenn weltweit Kleinbäuerinnen und Kleinbauern für soziale Landreformen und gegen eine exportorientierte agroindustrielle Landwirtschaft streiten: Für den Anbau von Grundnahrungsmitteln, gegen Valentinstag-Blumen per Flugzeug in alle Welt. Oder wenn gegen die Privatisierung und den Rückbau der Bahn gestritten wird. Das Engagement gegen den Klimawandel ist notwendig, weil sich die Rahmenbedingungen aller anderen sozialen Auseinandersetzung

unter den Bedingungen der Erwärmung dramatisch verschlechtern.

„Es ist genug für alle da!" wird gesagt, oder „Alles für alle!" Richtige Forderungen. Denn „für alle" ist gut, aber was kann die materielle Grundlage dafür angesichts ökologischer Katastrophen sein? Wie kann es soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit geben? Wie wollen wir leben und arbeiten und wie ist der materielle Reichtum in der Gesellschaft verteilt? Wer besitzt die Energiequellen? Wie sehen solidarische kollektive Lösungen aus, die nicht zu (neuer) sozialer Kälte führen? Und Umverteilung von Nord nach Süd ist notwendig. Nur wenn der Norden seine historische Schuld als Hauptverursacher des Klimawandels tatsächlich massiv Reichtum umverteilt wird, kann man erwarten, dass im Süden verbindlich C02 eingespart werden wird. Im Dezember 2009 findet die neunte Klimakonferenz in Kopenhagen statt. Noch beim G8-Gipfel in Heiligendamm konnte Angela Merkel sich fast unwidersprochen als Klima-Queen in Szene setzen. Auch wenn internationale Klimapolitik nur ein Terrain bei der Auseinandersetzung für ein Klima der Gerechtigkeit ist, so ist es doch ein Ort, wo die globalen Kräfteverhältnisse sichtbar werden. Mit dem Klimacamp08 werden wir beginnen diese verschieben - Schritt für Schritt.

Das Klimacamp - cool breeze of resistance

Das Ziel den Klimawandel abzubremsen und dabei die Kosten gerecht zu verteilen wird nicht einfach zu erreichen sein, denn die heute Mächtigen haben wir gegen uns. Das Klimacamp ist der Ort, wo wir uns gegenseitig informieren und miteinander über andere Verhältnisse von Gesellschaft und Natur diskutieren. Es geht um spektrenübergreifende Strategien und Positionen für eine Klimabewegung. Mit dem Klimacamp gehen wir auf der Suche nach Widerstandsformen gegen die C02-Ökonomie -auch im Alltag. Um das Klima zu verändern braucht es entschlossene Aktionen. Dazu gehören große und kleine ungehorsame Aktionen. Das Klimacamp ist eines von vielen, und vernetzt mit Camps in Australien, Neuseeland, USA, Großbritannien und Schweden.

Unsere Zelte werden wir in Hamburg aufschlagen, in der größten Hafenstadt in Deutschland, dem meist frequentierten Logistik-Knotenpunkt von Schiffs- und Straßenverkehr. Dazu gehört auch der größte Kohlehafen, wo Nachschub aus Australien, Indonesien und Kolumbien für hiesige Kraftwerke und Industrien angelandet wird. Archer Daniels Midland betreibt in Hamburg eine der großen Agrodieselfabriken. Der Energiekonzern Vattenfall steuert von dort aus Atom- und Kohlekraftwerke. Zudem wird parallel ein antirassistisches Camp stattfinden, das u.a. den Hamburger Charter-Abschiebe-Flughafen zum Aktionsziel macht. Die Vorbereitungsprozesse beider Camps werden so aufeinander abgestimmt, dass die Potentiale der Mobilisierungen best möglichst zur Geltung kommen.

Deshalb: Hin zum Klimacamp08! Mach mit bei den Klima-Aktionen. Tanzen, demonstrieren - und blockieren. Für andere Energien. Gegen den Strom. Gegen soziale und ökologische Prekarisierung -weltweit! Lust auf Solidarität! Alles für alle - aber anders! Wir sehen uns! In diesem Sinne - für ein ganz anderes Klima!

Mehr Infos:

www.klimacamp08.net

klimacamp08-hh@riseup.net

die vorbereitungsgruppe für das klimacamp08 in hamburg, viele einzelne, avanti - projekt undogmatische linke, camping07 ag, buko, linksjugend ['solid], glocal group hanau, geblockt!,anti-rassismus-büro bremen, grüne Jugend, attac, nolager bremen, kein mensch ist illegal hanau, noya, Interventionistische linke, tschüss vattenfall, klimacamp gruppe mainz/wiesbaden, aku Wiesbaden, kwak sieben linden - klimawandel aktionskreis ökodorf sieben linden, isl...

7 000 SchülerInnen in Oldenburg gegen Bildungsabbau, Leistungsdruck und für Lehrmittelfreiheit und Mitbestimmung auf der Straße

Im Rahmen eines bundesweiten Schulstreiks zog am 12. Juni eine laute, energische Masse SchülerInnen der verschiedensten Schulen aus Oldenburg und Umgebung um die Innenstadt. Auch von Verboten einiger Schulleiter ließen sich die SchülerInnen nicht davon abhalten, die Abschaffung des dreigliedriegen Schulsystems, mehr Gesamtschulen, kleinere Klassen, die Wiedereinführung der Lehrmittelfreiheit und mehr Mitbestimmung zu fordern.

Auch in anderen Städten gab es Proteste, in Berlin fand eine Solidaritätsaktion statt, da dort bereits Ende Mai 8 000 SchülerInnen dem Aufruf des Bündnis „Bildungsblockaden einreißen" gefolgt waren. (Mehr Infos dazu unter www.schulaction.de)

Demos und mehr in weiteren Städten folgen, um mit ausgeweiteter bundesweiter Vernetzung endlich die Umsetzung der vielen, notwendigen Forderungen durchsetzen zu können. Die Porteste am 12. Juni waren nur als Auftakt für eine Streikwelle im Oktober geplant; nicht nur als Auftakt konnten sie sich sehen lassen.

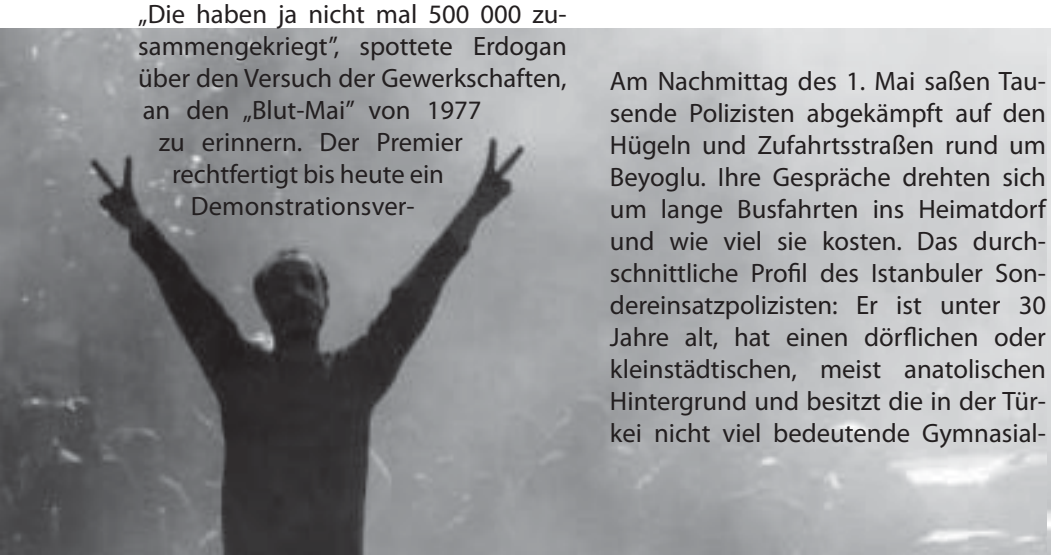
Istanbul nach dem 1.Mai

Das Trauma vom Taksim-Platz

In der Türkei wird noch über die politischen Folgen der Repression vom 1. Mai diskutiert. Nach der brutalen Gangart der Polizei dürfte das Verhältnis der Gewerkschaften zur Regierung der AKP endgültig erschüttert sein.

Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan gibt sich gern volksnah. Die Kritik an der Regierungspartei für Gerechtigkeit und Fortschritt (AKP) nach der brutalen Polizeigewalt gegen harmlose Demonstranten am vergangenen 1. Mai fördert jedoch deutlich die Doppelmoral seiner Partei zutage. Offensichtlich ist das „Volk" für die AKP immer noch die konservative Jubeltruppe aus den Vororten, die Erdogan 1993 zum Oberbürgermeister von Istanbul wählte. Dabei haben bei den vergangenen Wahlen auch gerade viele Linke AKP gewählt, weil sie es geschafft hatte, sich als Vertreterin einer toleranten Politik zu Minderheitenfragen zu präsentieren und „mehr Demokratie" sowie „mehr soziale Gerechtigkeit" zu Wahlparolen erkoren hatte. Auch die Gewerkschaften pflegten bisher ein Vertrauensverhältnis zur Regierung. Sie hatten beispielsweise kein Problem mit der Abschaffung des Kopftuchverbots.

„Die haben ja nicht mal 500 000 zusammengekriegt", spottete Erdogan über den Versuch der Gewerkschaften, an den „Blut-Mai" von 1977 zu erinnern. Der Premier rechtfertigt bis heute ein Demonstrationsverbot am 1. Mai auf dem Taksim-Platz. Der „Revolutionäre Gewerkschaftsverband" Disk, der 1977 sehr stark war, ist heute ein eher zahmer Verein zur Anmahnung von Arbeiterrechten. Doch die Gewerkschaft kann sich derzeit mit ihrer Kritik an der Scheinheiligkeit der AKP Gehör verschaffen. Der Vorsitzende von Disk, Süleyman Celebi, kritisiert zum Beispiel, dass die AKP seit über einem Jahr soziale Probleme nicht strukturell, sondern nur als Verteilung von Spenden und Sozialhilfe über private Stiftungen an die eigene Klientel zu lösen versucht. „Der Ministerpräsident möchte offensichtlich keine Arbeiter als politische Akteure, sondern nur Anhänger haben", argumentierte Celebi Anfang dieser Woche und sprach damit vielen aus der Seele, die den Verlauf dieses 1. Mai immer noch nicht begreifen können. „Hinter den Gewerkschaften waren Plakate verbotener Organisationen zu sehen", rechtfertigte der Premier das Vorgehen der Polizei. Doch zahlreiche Prügelszenen sind durch Bilder dokumentiert und erzählen eine andere Geschichte. Selbst aus der Polizeiakademie, die für die Modernisierung der türkischen Polizei zuständig ist, kommt mittlerweile Kritik. Prof. Ibrahim Cerrah, Autor eines Buchs über die Anpassung der türkischen Sicherheitspolitik an die europäischen Normen, sieht in den Ausschreitungen nichts anderes als die alte Prügelmentalität der türkischen Polizei.



Am Nachmittag des 1. Mai saßen Tausende Polizisten abgekämpft auf den Hügeln und Zufahrtsstraßen rund um Beyoglu. Ihre Gespräche drehten sich um lange Busfahrten ins Heimatdorf und wie viel sie kosten. Das durchschnittliche Profil des Istanbuler Sondereinsatzpolizisten: Er ist unter 30 Jahre alt, hat einen dörflichen oder kleinstädtischen, meist anatolischen Hintergrund und besitzt die in der Türkei nicht viel bedeutende Gymnasialausbildung plus eine Zusatzschulung an der Polizeiakademie. Dort wurde in der Vergangenheit viel paranoider Patriotismus verkündet, gleichzeitig wurden systematisch Feindbilder aufgebaut. Der traditionelle Polizeiapparat ist ultranationalistisch, diffus rechts-konservativ, aggressiv und chauvinistisch orientiert. Ein ausgeprägter Corpsgeist schaffte bislang immer einen entsprechenden Schutzraum für Straftaten im Dienst. Regelrechte Exekutionen bei Festnahmen - vor allem von verhassten Linken - waren in den neunziger Jahren noch an der Tagesordnung. Obwohl die Türkei mittlerweile versucht, dieses Profil durch Veränderungen an den Polizeiakademien zu ändern, sind die Sicherheitskräfte immer noch als Schlägertruppe einsatzbereit.

Doch die Eskalation vom 1. Mai hat die ungebrochen autoritäre Haltung von Polizeiführung, Gouverneur und der konservativ-islamischen türkischen Regierung, also des gesamten türkischen Staatsapparats, gezeigt. Was für einen Grund gab es, um sieben Uhr morgens Gasgranaten in das überfüllte Gebäude des Gewerkschaftsverbandes Disk zu werfen? Verbarg der tagelang angekündigte, auf zwei Stunden begrenzte Demonstrationszug so viele Gefahren, dass es sicherer erschien, einige hundert Teilnehmer durch die kleinen Seitenstraßen Beyoglus zu jagen und sogar in die Notaufnahme eines Krankenhauses eine Pfeffergasgranate zu werfen, weil Demonstranten sich dorthin geflüchtet hatten? Der Gouverneur von Istanbul sowie Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sprachen von „deutlichen Hinweisen auf geplante Anschläge illegaler Organisationen". Nach der Festnahme von etwas mehr als 500 Demonstranten wurden diese innerhalb eines Tages alle wieder auf freiem Fuß gesetzt. Drei von ihnen hatten unbedeutende Vorstrafen.

Gegen die anderen lag nichts vor. Der Vorsitzende des Disk, Süleyman Celebi, sprach am Ende des Tages von „Staatsterror".

Seit 1977 sind Mai-Demonstrationen auf dem Taksim-Platz verboten. Nach dem Putsch von 1980 wurde der 1. Mai als Feiertag sogar ganz abgeschafft. Die Demonstration von 1977 wurde zu einem Trauma für die Linke, und die Vergangenheit wirkt bis heute fort. Der Gewerkschaftsführer von Disk war damals gerade am Ende seiner Rede angelangt, als das Geräusch von drei Schüssen zu hören war. Nach einem Moment der Totenstille brach Chaos aus. Rund 500 000 Menschen liefen panisch auseinander. Personen, die in nahe gelegenen Gebäuden auf der Lauer lagen, im Intercontinental Hotel (das heute „Marmara Istanbul" heißt) und im Gebäude der Wasserbehörde, schossen in die Menge hinein. Dann traten gepanzerte Fahrzeuge in Aktion. Schockgranaten und Schüsse aus automatischen Waffen verwandelten das Gelände in ein Schlachtfeld. Immer größere Panik breitete sich aus. Tausende Menschen blieben einfach dort liegen, wo sie waren, viele von denen, die weglaufen wollten, wurden von gepanzerten Fahrzeugen überfahren. Tagelang standen damals Schuldzuweisungen auf der Tagesordnung der Türkei. Während die Linke den Vorfall als „Provokation der Nationalistischen Front unter Anleitung der CIA" bezeichnete, behaupteten Vertreter der Polizei und der bürgerlichen Medien, dass „Linksextremisten mit dem Schießen angefangen haben". Am 7. Mai 1977 erregte der damalige Oppositionschef Bülent Ecevit wenig Aufsehen mit seiner Bemerkung über die Rolle der Konterguerilla bei dem Massaker. In der Gerichtsverhandlung gab es jedoch Zeugenaussagen, die auf eine Beteiligung der US-amerikanischen Geheimdienste an der Aktion hinwiesen, mittlerweile wurde sie in der Türkei mehrfach bestätigt. Der Militärputsch von 1980 erlaubte es dem türkischen Militär, die Linke weitgehend zu zerschlagen, damals sollte das den Vormarsch des Kommunismus unterbinden, um den treuen Nato-Partner als sicheres Bollwerk gegen die Sowjetunion zu wissen.

Die Türkei ist heute nicht mehr die von damals. Doch die verantwortlichen Funktionsträger verhalten sich immer noch so, als habe 1977 ein chaotischer linker Mob die Eskalation verursacht. Dieses Jahr hatte es vor dem 1. Mai eine politische Auseinandersetzung mit angemessenen Forderungen gegeben: dass der 1. Mai wieder ein gesetzlicher Feiertag wird, mehr Rechte für Arbeiter nach 31 Jahren Demonstrationsverbot auf dem Taksim-Platz auch in Erinnerung an die Opfer von damals. Die anhaltende Rechtfertigung des Polizeieinsatzes seitens der Regierung ist ein Grund für Ernüchterung, vor allem bei den Linksliberalen, die der Regierungspartei mit verhaltener Sympathie begegnen. Der linke Kolumnist der Tageszeitung Radikal, Sungur Savran, schrieb in den vergangenen Tagen: „Die Träume der türkischen Linken nach Annäherung und Liberalisierung sind am 1. Mai in einem Trümmerhaufen versunken."

Aus der Jungle World Nr.20

Es ist genug für alle da

Die Nahrungsmittelkrise ist eine Bankrotterklärung des Westens

In einem Radio-Interview in den USA wurde der Indische Agrarexperte Devinder Sharma gefragt, was der US-amerikanische Präsident tun könne, um den indischen Bauern zu helfen. Sharma: „Es war eine Live-Sendung, und meine Antwort lautete: ‚Lasst uns am besten in Ruhe.' Wenn sich Europa und die USA nicht länger bei uns einmischen würden, könnten wir die indische Landwirtschaft wieder so entwickeln, dass sie zu einem Modell würde, zu einem Vorbild für andere. Aber Europa und die USA hindern uns daran: Mit Ihrer Handelspolitik, mit Ihren Geldgeberorganisationen, mit ihren multinationalen Konzernen und mit ihren Versicherungsgesellschaften."

Devinder Sharma spricht aus. was viele Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Afrika, Asien und Lateinamerika denken. Dort stellen sie in vielen Landein noch die Mehrheit der Bevölkerung – so leben etwas mehr als die Hälfte der 1,1 Milliarden Inderinnen noch von der Landwirtschaft. Zum Vergleich: In Europa und den USA sind es noch 3 Prozent. Die Probleme der vielen hundert Millionen Kleinbauern sind auch ein wichtiger Grund für die derzeitige Nahrungsmittelkrise.

Etwa 80 Prozent ihres Einkommens müssen die Armen in den sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern ausgeben, um ihre alltägliche Nahrung zu bezahlen. Seit Beginn des neuen Jahrhunderts haben sich die Preise für Milchprodukte, pflanzliche Öle und Fette und vor allem für Getreide mehr als verdoppelt. Mit gravierenden Auswirkungen: Viele können sich Grundnahrungsmittel wie Reis, Mais und Weizen nicht mehr leisten. Galten bisher schon 850 Millionen Menschen weltweit als unterernährt – die letzten Schätzungen der Welternährungsorganisation stammen aus dem Jahr 2005 – dürfte die Zahl im vergangenen Jahr noch einmal drastisch gestiegen sein. Die Folge davon waren Hungerrevolten in mehr als 30 Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Selbst die Weltbank und der Internationale Währungsfonds warnen deshalb inzwischen vor dem Preisanstieg für Nahrungsmittel. Der Sturz der Regierung in Haiti war das bislang spektakulärste Ereignis, das mit der weltweiten Nahrungsmittelkrise zu tun hat. Die Weltbank hat daraufhin ein Hilfspaket über 500 Millionen Dollar vorgeschlagen – ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn ansonsten – daran gibt es keinen Zweifel – soll an der bisherigen Politik festgehalten werden.

Als Ursache für die Ernährungskrise nennen die internationalen Finanzinstitutionen selbst den erhöhten Bedarf an Fleisch- und Milchprodukten in einigen Schwellenländern wie China und Brasilien – und den sogenannten „Biosprit". So weit, so richtig. Aber es gibt noch andere Gründe, und einige davon reichen weit in die Geschichte zurück. Sie beginnen mit der kolonialen Zurichtung der Wirtschaft vieler Länder des Südens, mit der immer größere Sektoren der dortigen Landwirtschaft gezwungen wurden, sich an der Nachfrage der Kolonialmächte zu orientieren – und nicht an der ihrer eigenen Bevölkerung.

Die fatalen Auswirkungen der „Grüne Revolution"

Als die Kolonien endlich ihre politische Unabhängigkeit erkämpft hatten, sorgten IWF und Weltbank mit ihren Strukturanpassungsprogrammen und internationalen Abkommen dafür, dass die Agrarproduktion dieser Länder mehr und mehr industrialisiert wurde, um sogenannte Cash-Crops für den Export in die Industrienationen anzubauen. Eine Politik, die bis heute euphemistisch als sogenannte „Grüne Revolution" bezeichnet wird, aber fatale Auswirkungen hat. Zwar gab es

vorübergehende Produktivitätssteigerungen, aber der Einsatz importierter Pestizide und Kunstdünger hat die Böden und das Grundwasser nachhaltig verseucht.

Was für die Agrarindustrie in Europa und den USA, aber auch für die Großgrundbesitzer in den betreffenden Ländern zu einem lukrativen Geschäft wurde, entpuppte sich vor allem für die Bauern dort als Bürde: Die ausgelaugten Böden verlangten nach immer mehr Kunstdünger, die mittlerweile resistenten Schädlinge nach immer teureren Pestiziden aus den Labors von Bayer, DuPont, Syngenta und anderen Pharmakonzernen, die mit der Abhängigkeit ihrer Kunden immer größere Profite machten und nebenbei in der sogenannten „Dritten Welt" noch Produkte verkaufen, die hierzulande längst nicht mehr auf dem Markt erhältlich sind. Die Bauern stürzten in eine Schuldenkrise, die bis heute anhält. Viele verkauften ihr Land und zogen auf der Suche nach Arbeit in die Slums der Großstädte. Weil sich diese Hoffnung nicht erfüllte, nahm in den 1990er Jahren die Zahl der Selbstmorde unter Bauern drastisch zu.

In den letzten Jahren sind auf Betreiben der Welthandelsorganisation nahe/u alle Agrarprodukte zu globalen Waren geworden. Der Handel mit Nahrungsmitteln ist heute weitgehend vom Interesse an Profitmaximierung bestimmt. Die Verknappung der Agrarprodukte hat die hemmungslose Spekulation weiter verschärft. Aber weder am freien Markt für Lebensmittel noch an der Produktion des sogenannten Biosprits und der Exportorientierung der Agrarproduktion soll gerüttelt werden. Im Gegenteil: Die Weltbank kritisiert die Regierungen in Indien und China, weil sie wegen der Nahrungsmittelknappheit ein kurzfristiges Exportverbot für Reis verhängten. Auch die Welternährungsorganisation – die einstmals als Stimme der Kleinbauern galt – setzt inzwischen auf eine weitere Industrialisierung der Landwirtschaft, auf noch mehr Welthandel, auf künstliche Bewässerung und auf neues Saatgut. Saatgut, das in den Labors der Konzerne entwickelt wurde, um damit Gewinne zu machen und die verarmten Bauern in weitere Abhängigkeit zu treiben. Vorstände von Lebensmittelkonzernen wie Peter Brabeck von Nestle sind der Ansicht, nur Gentechnik könne heute noch die Welt vor Hunger bewahren.

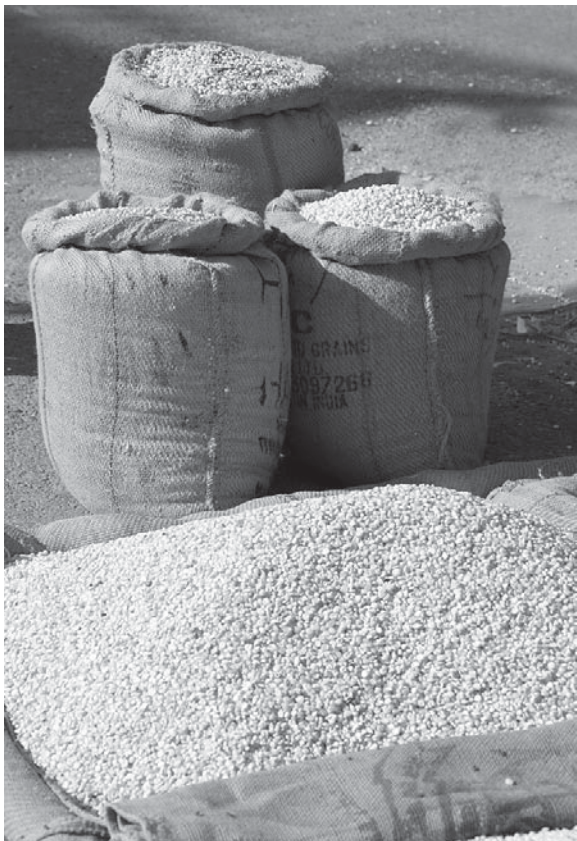
Am 17. April haben – von den hiesigen Medien nicht wahrgenommen – in Afrika, Lateinamerika. Asien und Europa viele Kleinbauernorganisationen. Landlose und Nichtregierungsorganisationen gegen diese Politik demonstriert. Im Aufruf von „La Via Campesina" – einer Art internationalem Dachverband der Kleinbauernverbände – heißt es: „Nachdem sie die Kleinbauern enteignet haben, pressen sie jetzt die Konsumenten mit hohen Weltmarktpreisen für Lebensmittel aus." Das Gegenkonzept heißt „Ernährungssouveränität". Jede Region in der Welt soll danach wieder in die Lage versetzt werden, ihre ansässige Bevölkerung gesund und ausreichend mit eigenen Produkten zu ernähren – ohne Giftcocktails und Gentechnik. Ernährungssouveränität, so hieß es in einer gemeinsamen Deklaration zahlreicher Bauernorganisationen, die im vergangenen Jahr auf einem internationalen Forum in Mali verabschiedet wurde, stelle die Menschen, die Lebensmittel erzeugten, verteilten und konsumierten, ins Zentrum der Nahrungsmittelsysteme, nicht anonyme Märkte und die Profitinteressen transnationaler Konzerne.

Ernährungssouveränität statt Diktatur des Weltmarkts

Wie im Medak-Distrikt des indischen Bundesstaates Andhra Pradesh gibt es weltweit einige Kleinbauerninitiativen, die bereits eine regionale Versorgungssicherheit hergestellt haben und auch die Ärmsten der Armen in ihren Dörfern mit durchfüttern – ohne externe Nahrungsmittelhilfen und die sogenannten Errungenschaften der Agrartechnologie. „Ich kaufe mir kein kommerzielles Saatgut. Denn dann wird man zu einem Sklaven der Händler, die uns verschiedene Sorten Saatgut, Pestizide und all dieses Zeug andrehen", formuliert die indische Kleinbäuerin Peda Chandramma ihre Vorstellung von Ernährungssouveränität. „Wenn wir hingegen verschiedene traditionelle Getreidesorten aussäen, können wir uns von der Ernte ernähren oder sie mehrere Jahre lagern; das macht uns viel unabhängiger – selbst wenn wir dieses Jahr eine Missernte haben, gibt es genug zu essen."

Traditionelle Feldfrüchte, wie zum Beispiel die vielen Hirsesorten, die im Medak-Distrikt angebaut werden, benötigen weder künstliche Bewässerung noch Pestizide oder Kunstdünger. Sie wachsen sogar auf kargem Boden und sind darüber hinaus viel nahrhafter, enthalten mehr Proteine als z.B. Reis. Aber mit Hirse können die große Konzerne keine Gewinne erwirtschafte: Deshalb hat weder die Wirtschaft noch d Politik oder die Wissenschaft ein ausgeprägtes Interesse an diesen Feldfrüchte deren Nachfrage auf dem Weltmarkt eir untergeordnete Rolle spielt. Aber sie sind ein Schlüssel für die Sicherung der Ernährung für große Teile der Bevölkerung in de südlichen Ländern.

Mit ihrer Kritik stehen die Kleinbauer nicht alleine: Ende März hat der Weltagrarrat IAASTD in London eine Expertin vorgelegt. Er fordert eine schnelle



Neuausrichtung der weltweiten Landwirtschaft und eine Begrenzung der Macht de Agrarkonzerne. Und der französisch Agrarwissenschaftler Marcel Mazoyer Autor des Standardwerkes „Histoires de agricultures du monde", einer Weltgeschichte der Landwirtschaft, ist sich sicher dass zehn Milliarden ernährt werden könnten. eineinhalb mal so viele Menschen, wie heute auf der Erde leben. Dafür würden die bestehenden Landreserven ausreichen. Sie könnten ohne künstliche Bewässerung und ohne weitere Waldrodung bebaut werden. Sie würden ohne Gentechnik und Pestizid auskommen. Allerdings, so gibt er zu bedenken, gäbe es dann keine Anbauflächen mehr für Energiepflanzen. Aber solche Wissenschaftlerinnen repräsentieren eine Minderheit. Die meisten ihre Kolleginnen setzen nach wie vor auf die Industrialisierung der Landwirtschaft und das klassische, technikgläubige Fortschrittsmodell – aus tatsächlicher oder vorgeblicher Überzeugung.

Diese Lösungsmodelle der modernen Wissenschaft hält der indische Agrarexperte Devinder Sharma nicht nur für falsch, sondern für gefährlich. Er kämpft für eine Landwirtschaft, die Bauern nicht zu Erfüllungsgehilfen der Konzerne degradiert, sondern von ihrem Wissen und ihrer Kompetenz inspiriert ist: „Die Realität stellt sich völlig anders dar. als wir sie in den Universitäten gelehrt bekommen. Was heute vorangetrieben und angepriesen wird, die intensive Landwirtschaft und natürlich die zweite grüne Revolution, die Gentechnik, ist alles auf das westliche Agrarsystem zurückzuführen. Auch die indischen Wissenschaftler folgen diesem Modell. Für mich liegt darin eine große Gefahr. Ich linde, es ist die Zeit gekommen, diese Agrarwissenschaftler zur Rechenschaft zu ziehen."

Gerhard Klas
Rheinisches JournalistInnenbüro

Geklaut aus ak (Maiausgabe)

Abschlussrede der 1.Mai-Demo

hallo erstmal, schön das es auch dieses jahr wieder so viele menschen auf die unabhängige, autonome 1. mai demo hier in oldenburg geschafft haben.
tja, was soll ich sagen, wir haben es im vergangenen jahr immer noch nicht geschafft die weltrevolution einzuläuten. trotz der proteste gegen den g8 im vergangenen jahr, trotz den sich immer weiter verschärfenden lebensverhältnisse für viele millionen menschen weltweit, sei es durch kriege, die explodierenden lebensmittelpreise oder der zerstörung ihrer lebensgrundlage durch umweltkatastrophen, stehen die menschen immer noch nicht massenweise, überall auf, um gegen die ganze scheiße zu rebellieren. und das hier in dieser welt, in diesem land und ja, auch in dieser stadt vieles gewaltig schief läuft, kann jeder mensch sehen, der/die auch nur den hauch von mitgefühl hat und mit offenen augen durchs leben geht. in afrika, lateinamerika, der karibik, und teilen asiens sterben täglich tausende an hunger, mangelnder medizinischer versorgung oder den giftstoffen von der müllkippe von nebenan. an den grenzen zu den industriestaaten wie den usa oder europa sterben tausende von verzweifelten, die versuchen diesen zuständen zu entfliehen. und schaffen sie es bis ins vermeintliche paradies, werden sie wie hier in oldenburg in lager gesteckt, diskriminiert, stigmatisiert und und sind jeden tag rassistischen anfeindungen ausgesetzt. und auch wenn die meisten hierzulande noch genug zu essen haben und sich eine wohnung leisten können, ist der traum von einem wirklich freien, selbstbestimmten leben ohne innere und äußere zwänge schon lange in weite ferne gerückt. der trend zum zweit oder drittjob und der damit verbundene stress sind schon lange realität für viele. genauso wie die tägliche staatliche gängelei durch überwachung und kontrolle. nicht zu vergessen die alltägliche gängelei, der druck durch lehrer, eltern, arbeitsamt oder arbeitgeber. der druck dem wir uns selbst aussetzen: ich muss arbeit finden sonst bin ich nichts wert in dieser gesellschaft. ich muss nach den normen hübsch aussehen, sonst bekomme ich keinen partner ab. ich muss mir alle drei monate ein neues handy kaufen, sonst hab ich bald keine freunde mehr. sieht so freiheit aus? was für eine freiheit soll das sein, wo ich zwischen schlecht und schlechter entscheiden kann? wo ich mich selbst bis zu unkenntlichkeit verbiegen muss um anderen zu gefallen oder einen job zu behalten. wo ich mir bewußt bin, das es mir hier nur so gut geht, weil menschen die tausende kilometer entfernt wohnen hungern und sterben. wo das essen was ich mir hier noch leisten kann und die meisten dinge des alltäglichen lebens nur so billig sind weil dafür tiere in unerträglichen lebensumständen darben müssen und die natur unwiederbringlich plattgemacht wird. ich denke ihr alle wißt was ich meine, diese unhaltbaren zustände könnte ich jetzt noch stundenlang ausführen und ich habe viele wichtige dinge noch nicht gesagt. aber das ist nicht der punkt. die frage ist nicht, wie schlecht ist diese welt ist, oder warum können menschen so böse, dumm und ignorant ihrer umgebung gegenüber sein. die frage ist auch nicht wer schuld hat. sicher haben einige menschen mehr schuld an diesen zuständen als andere und sie werden irgendwann dafür bezahlen, aber wenn wir ehrlich sind, brauchen wir nur in den spiegel zu schauen, um die schuldigen zu finden. ich weiß, warum wir so leben, ich weiß das jede und jeder von uns oft ohnmächtig vor diesen zuständen steht wenn wir morgens die zeitung aufschlagen. aber wir haben die wahl, jeden tag. wir haben die wahl wie weit wir uns verbiegen lassen, wann wir unseren mund aufmachen und wann nicht. es ist oft nicht leicht, sich gegen diese verhältnisse aufzulehnen, im kleinen wie im großen. es ist oft nicht leicht anderen in unserer umgebung verständlich zu machen, das es unabdinbar ist, soweit wir können uns selbst und unsere umwelt zu verändern. das jeder kleine schritt ein schritt nach vorne sein kann. natürlich können wir alleine nicht die verhältnisse zum tanzen bringen. deshalb stehen wir hier heute schließlich zusammen. um an diesem tag gemeinsam hinauszuschreien, und allen die es hören wollen zuzurufen das eine andere welt möglich ist. denn das ist es, was mich jeden tag wieder überzeugt, trotz aller fehler, trotz aller zweifel, das wir auf dem richtigen weg sind. und egal wie steinig er noch werden mag, die aussicht, die utopie von der ich fest überzeugt bin, das es eines tages möglich sein wird ohne kriege ohne not, in wirklicher freiheit zusammen zu leben, brennt wie ein feuer in meinem herzen. wenn ihr das auch fühlt, wenn ihr die gleichen dinge seht, wenn ihr die gleichen probleme habt, fordere ich euch auf in einem jahr wieder hier, seite an seite zu stehen. wieder haben wir ein jahr bevor wir uns hier wiedersehen. nutzen wir die zeit, und vielleicht stehen wir dann nächstes jahr hier und können sagen, ja es hat sich was verändert, es liegt an uns...

lets push things forward!

Blind date - zu jeder Zeit, an jedem Ort, wie wir wollen!

Wann treffen wir wieder zusammen?

Wir sehen uns in der Leiharbeitsfirma, wir teilen uns einen Tisch in der Schule, wir begegnen uns vor der „Tafel“, wir treffen uns im Arbeitsamt, wir bezahlen die gleichen Studiengebühren, wir sitzen zusammen in der Kantine, wir stehen hintereinander in der Schlange an der Supermarktkasse, wir warten an derselben Bushaltestelle, wir bezahlen den gleichen Eintritt, wir haben die gleichen Sorgen: Wir wissen nicht, wie es morgen weitergeht. Es gibt keine Garantie und keine Sicherheit für nichts, nicht für eine Arbeit, nicht für einen Lohn, nicht für Bildung, nicht für Würde, nicht für eine Wohnung, nicht für Essen und Trinken, nicht fürs Überleben.

Bedeuten Reichtum und Konsum Glück und ein gutes Leben?

Kann es ein gutes Leben geben, das nicht für alle gut ist?

Kann es ein gutes Leben geben, weil andere ein schlechtes Leben haben?

Der alleinerziehenden Mutter wird HartzIV von einem Tag auf den anderen komplett gestrichen, die Miete wird nicht mehr überwiesen, angeblich stehen ihr die Leistungen nicht mehr zu. Als sie dieses Mal zur Behörde geht, ist sie nicht allein. Zehn weitere von denen, die auch schikaniert werden, begleiten sie und verlassen nicht eher das Büro des Sachbearbeiters, bis das ihr zustehende Geld in bar ausgezahlt wird.

Am selben Tag gehen die AsylbewerberInnen im Abschiebelager auf dem Weg zum Mittagessen entschlossen an ihrer miserablen Kantine vorbei und direkt in die der LagermitarbeiterInnen. Es dauert nicht lange, da haben sie dort gemeinsam ein leckeres Essen für alle zubereitet. Anschließend ist es Zeit für einen kleinen Ausflug in die Stadt.

Die Lagerleitung hat inzwischen die Polizei gerufen. Als zwei Streifenwagen auf dem Lagerhof eintreffen, wundern sich die BeamtInnen über die AsylbewerberInnen, die ihnen aus den angeeigneten Abschiebetransportern fröhlich entgegenwinken.

Die BeamtInnen sind noch etwas angespannt, weil sie kurz zuvor im Arbeitsamt vergeblich versucht haben, mehrere Gruppen von Erwerbslosen aufzuhalten, die in den Büros ihrer SachbearbeiterInnen mit höflichem Nachdruck die sofortige Auszahlung ihrer Leistungen durchsetzen.

Außerdem gibt es noch Anrufe aus zwei Supermärkten. Hunderte Menschen blockieren dort mit vollgepackten Einkaufswagen die Kassen. Sie solidarisieren sich mit den Aufständen gegen steigende Lebensmittelpreise, die sich in vielen Ländern auf der ganzen Welt ausweiten, protestieren gegen Überwachung und schlechte Arbeitsbedingungen der MitarbeiterInnen und gegen die Ausplünderung der „Dritten Welt“ durch die Lebensmittelkonzerne.

Die völlig überforderten Marktleiter lassen die Menschen schließlich mit den Einkaufswagen ohne Bezahlung auf den Parkplatz ziehen. Dort steigen gerade die AsylbewerberInnen aus den Transportern. Obwohl sie noch recht satt sind, nehmen sie die spontane Einladung zum Buffett gern an, das mit den Lebensmitteln aus den Einkaufswagen aufgebaut wird.

Als fast gleichzeitig aus drei Edel-Restaurants weitere Hilferufe bei der Polizei eintreffen, weil dort Gruppen von Menschen mit roten Kapuzenpullovern und der Aufschrift „Die Überflüssigen“ spontan Bedarfsgemeinschaften mit den anwesenden Gästen bilden und das Essen auf den Tellern teilen, sind alle verfügbaren Streifenwagen im Einsatz.

So kann die Polizei die Betreiber mehrerer Leiharbeitsfirmen nur bedauernd auf später vertrösten, als diese anrufen, weil ihr gesamtes Mobiliar sich plötzlich mitten auf den Straßen befindet. An den Telefonen der Schreibtische führen die Leiharbeiter nun selbst die Verhandlungen über ihren Einsatz, die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung.

Als dann noch aus mehreren Schulen aufgeregte Schulleiter anrufen, weil sie zusammen mit vielen LehrerInnen vor den verschlossenen Türen ihrer Schulen stehen und sich irgendwie überflüssig vorkommen, wird die Bereitschaftspolizei benachrichtigt. In den Schulen findet derweil offenbar der lebendigste und interessanteste Unterricht seit langem statt – die SchülerInnen entscheiden selbst, von wem und was sie lernen wollen. Und der Praxisbezug kommt auch nicht zu kurz. Denn als ein paar Fahrzeuge der Bereitschaftspolizei vor den Schulen eintreffen, sind hunderte kleiner Gruppen von SchülerInnen längst in der ganzen Stadt unterwegs. Die einen verzieren Plakatwände mit schönen Bildern und Texten gegen den Terror vermeintlicher Schönheitsideale, gegen die Herabwürdigung von Frauen zu Sexualobjekten, gegen überkommene Hausfrauen- und Mutterrollen, für Gleichberechtigung und Emanzipation, während die anderen hier und da eine Kreuzung blockieren, um mit den Autofahrern über Klimaschutz, weltweite Energieressourcen und den Wahnsinn zu diskutieren, dass sie in ihren Motoren die Lebensmittel der Armen verbrennen.

Noch ehe die hilflosen BereitschaftspolizistInnen begreifen, was los ist, treffen die nächsten Notrufe ein. Aus mehreren Richtungen formieren sich immer mehr Menschen zu einem Demonstrationszug in die Innenstadt. Zuerst sind es nur Asyl-

suchende, die nun nicht mehr Asyl, sondern neue Wohnungen suchen, Überflüssige mit leichtem Bauchgrimmen von zuviel Feinkost, Erwerbslose mit Bargeld in der Tasche, Leiharbeiter, die sich nicht mehr verleihen müssen, und viele andere, die sich befreien wollen.

Aber dann scheint sich irgendwie etwas rumgesprochen zu haben. Denn nun strömen immer mehr Menschen in die Stadt: aus den Schulen und Hochschulen, den Geschäften, Büros, Fabriken, Altersheimen und Krankenhäusern.

Eine Gewerkschaft befindet sich mitten in aktuellen Tarifauseinandersetzungen. Und auf einmal sind die Büros der Gewerkschaftssekretäre voller diskutierender Menschen. Schon bald setzen sie durch, dass es nicht mehr nur um Arbeitszeiten und Löhne geht, sondern um die Arbeit selber, um die Produkte, die Arbeitsbedingungen, ums Wohnen und Einkaufen, um die Kinder und die Gesundheit – es geht ums ganze Leben.

Der große Platz in der Stadt fasst kaum alle Menschen, die jetzt zu einer Versammlung zusammenströmen. Es gibt ein ziemliches Durcheinander, aber irgendwie sind alle bemüht, auf einander einzugehen.

Soviel ist ab jetzt klar: Ob Arbeitszeitverlängerung, Entlassungen oder Lohnabbau für egal welche Branche, ob Sparmaßnahmen für öffentliche Einrichtungen, ob Privatisierung eines Krankenhauses, einer Müllabfuhr, einer Schule, einer Wohnungsbaugesellschaft, ob Kürzungen für Erwerbslose, menschenunwürdige Behandlung von MigrantInnen, Behinderten oder Alten – es ist jetzt nicht mehr diese einzelne scheinbar unausweichliche Maßnahme, gegen die eine isolierte Gruppe alleine wehrlos ist. Sondern jede einzelne dieser Maßnahmen ist als Versuch erkannt, weltweit die Gesellschaft bis in ihre letzten privaten Winkel für die Konkurrenz um höhere Profite auf dem Weltmarkt umzugestalten und die Menschen auf ihre Verwertbarkeit, ihren Nutzen für das Kapital zu reduzieren. Und nur eine gesamtgesellschaftliche und internationale Bewegung kann diese Verhältnisse umgestalten.

Es ist ein blind date. Die Diskussion um ein gutes Leben für alle hat begonnen...

...o.k. – bis dahin scheint es noch ein langer Weg zu sein. Aber jeder Weg beginnt mit dem ersten Schritt. Lasst uns gemeinsam laufen lernen!

blind date – steht für alle, die sich ihre Würde nicht nehmen lassen wollen, die sich bei Behördengängen begleiten, die sich das Geld holen, das ihnen zusteht, die nicht mit Lebensmittelgutscheinen oder Almosen abgespeist werden wollen, die weder die Krümel unter den Tafeln der Wohlhabenden aufsammeln noch in deren Sperrmüll hausen wollen, sondern die alles für alle fordern.

blind date – steht für alle, die sich gegenseitig unterstützen, die vereinzelten Widerstand zusammenbringen wollen, die gemeinsame Aktionen mit vielen Gruppen und Initiativen planen und durchführen wollen.

blind date – das steht für alle, die eine menschenwürdige Gesellschaft für alle auf der ganzen Welt wollen, in der die Menschen – und nicht der Profit – darüber bestimmen, was, wie viel, und unter welchen Bedingungen produziert wird.

Kontakt: blind.date@gmx.de Haltet die Augen und Ohren offen ... !

Wöchentlich

Mo. 19:00 Archiv
Mo. 19:00 Antiraplenum OI/BI
(nur in geraden Wochen)
Mo. 19:30 Crush Hour Concerts
Mo. 20:30 Antifa-Café
Di. 20:00 Subklub
Do. 20:00 Vokü, danach Kneipe
Do. 21:00 Rechtshilfe

Monatlich

1. Mi. 20:00 FrauenLesbenKneipe
2. Mo. 20:00 Politische Werkstatt
2. Fr. 20:30 NutzerInnenplenum

Juli

Di. 1.7. 20:00 Subklub: Matriarchate
Do. 3.7. 19:00 Info-VA zum Naziaufmarsch
Fr. 4.7. 22:00 Mash up di place
Sa. 5.7. 22:00 LesBiSchwule Schlagerparty
Di. 8.7. 20:00 Subklub lounge: Tone + Urlyd Label Dj + Vj
Fr. 11.7. 20:00 Start Summer Rock: Blxinxd + Sushi Drive In + Riverline + Lost in Fiction + Off one Plate
Sa. 12.7. 20:00 Konzert Punkinvasion III
Di. 15.7. 18:30 Das ist unser Haus – Das Miethäuser-Syndikat
20:00 Theater k: Dinner for us
21:00 Subklub: Bodies that splatter – Zombies
Mi. 16.7. 20:00 Theater k: Dinner for us
Do. 17.7. 20:00 Theater k: Dinner for us
Fr. 18.7. 20:00 Theater k: Dinner for us
Sa. 19.7. 22:00 Männerfabrik
Di. 22.7. 20:00 Theater k: Dinner for us
Mi. 23.7. 20:00 Theater k: Dinner for us
Do. 24.7. 20:00 Theater k: Dinner for us
Fr. 25.7. 20:00 Theater k: Dinner for us
Sa. 26.7. 22:00 Rosa Disco

August

Fr. 1.8. 22:00 Mash up di place
Sa. 2.8. 22:00 Homophilias – Party für Lesben und Schwule
Do. 7.8. 19:00 Blankenburg-Forum + Essen + Party
Fr. 8.8. 23:00 StepStepStep 11
Sa. 9.8. 22:00 Frauen-Lesben-Transgender-Disco
Fr. 15.8. 22:00 Sputnikkonzert: Kiemsa
Sa.16.8. 22:00 Männerfabrik
Fr. 22.8. 21:00 Egotronic + Support
Sa.23.8. 22:00 NaUnd Sommerparty
Fr. 29.8. 22:00 Gabba-Party
Sa.30.8. 22:00 Rosa Disco